

**Einführung der Wirkungsorientierten
Verwaltungsführung WoV**

Produktegruppen, Produkte und Indikatoren

**Stand vom 9. März 2005 nach Beratung in der
Aufsichtskommission vom 7. März 2005**

Personalamt	4
Bibliotheken	11
Theater Winterthur.....	16
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	20
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten.....	25
Stadtentwicklung	31
Rechtspflege.....	36
Steuerbezug	40
Informatikdienste (IDW).....	45
Liegenschaftsverwaltung.....	52
Finanzkontrolle	59
Finanzamt	63
Städtische Allgemerkosten/Erlöse	67
Steuern und Finanzausgleich	69
Stadtplanung	71
Tiefbau.....	76
Entsorgung	85
Hochbau	90
Vermessung	97
Baupolizei	102
Melde- und Zivilstandwesen (M+Z)	107
Polizeirichteramt	111
Stadtpolizei	114
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze.....	122
Feuerwehr	128
Zivilschutz	132
Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)	135
Umwelt- und Gesundheitsschutz.....	138
Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	144
Bildung.....	149
Schuldienste	150
Familienergänzende Kinderbetreuung	156
Berufsbildung.....	160
Sportamt	167
Materialverwaltung	176
Vormundschaftsamt.....	182
Alters- und Pflegeheime	185
Spitex.....	191
Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich.....	195
Sozial- und Erwachsenenhilfe	198
Prävention und Suchthilfe.....	206
Asylwesen	213
Jugend- und Familienhilfe	219
Stadtgärtnerei	226
Forstbetrieb	232
Städtische Werke	236
Stadtbus Winterthur.....	241
FinöV Stadt.....	243
Stadtkanzlei	245
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.....	250

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren

2 Zentrales Personalmanagement

Zentrale Personaladministration, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Personalcontrolling, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung.

3 Personal- und Organisationsentwicklung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter

4 Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bearbeitung von gleichstellungspolitischen Fragen, Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen, Projekten und Massnahmen, Mitwirkung und Unterstützung in den Produkten "1 Personalpolitik / Personalrecht" und "2 Zentrales Personalmanagement"

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. Messung / Bewertung: Statistik des Personalamtes Messgrösse: Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme</p>
<p>2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit sehr zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p>			
<p>3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p>			
<p>4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze</p>
<p>5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messung / Bewertung:</p>			

Statistik Gleichstellung Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr			
---	--	--	--

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht

Leistungen

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departementen und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse			

Keine Soll-Vorgabe

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Durchführung des verwaltungsweiten Personalcontrolling
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung
- Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste (ohne Theater am Stadtgarten und Bibliothekswesen)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Zufriedenheit mit den Dienstleistungen im Bereich zentrales Personalmanagement Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung			

s. auch Massnahmen und Projekte 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl begleitete Kaderselektionen Anzahl Beratungsgespräch der Mitarbeitendenberatung Anzahl Lohnauszahlungen			

Keine Soll-Vorgabe

Produkt 3 Personal- und Organisationsentwicklung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Verwaltungsweites Controlling der Personalentwicklungsmassnahmen und -kosten
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung
- Beurteilung aller beantragten Stellenschaffungen zuhanden des Stadtrates

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

s. Massnahmen und Projekte 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot

Keine Soll-Vorgabe

Produkt 4 Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von gleichstellungspolitischen und -rechtlichen Fragen und Vorstössen (zu Gunsten Produkt 1)
- Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen
- Koordination und Bereitstellung eines frauen- und gleichstellungsspezifischen Weiterbildungsangebots (zu Gunsten Produkt 3)
- Koordination und Bereitstellung der Vorgesetztenschulung zu Gleichstellungsthemen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten (zu Gunsten Produkt 2)
- Erarbeitung und Durchführung von gleichstellungsrelevanten Projekten wie Kinderkrippe, Stipendien für Wiedereinsteigende
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Mitwirkung und Unterstützung bei Personalrekrutierungen (zu Gunsten Produkt 2)
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Gleichstellung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte
Anzahl frauen- und gleichstellungsspezifische Kurse
Anzahl Teilnehmertage an frauen- und gleichstellungsspezifischen Kursen
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse
Anzahl Mutationen städtische Plätze KinderKrippe "Chäferfäscht"

Keine Soll-Vorgabe

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

3 Winterthurer Sondersammlung und Nebenprodukte

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Winterthurer Bibliotheken vom Frühjahr 2001

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2004

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 17. August 2000

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2003	Soll 2004	Soll 2005
<p>1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrössen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe (Fr.) Kostendeckungsgrad für Produkt 3</p>	<p>7.54 16.5%</p>	<p>7.70 13,0%</p>	
<p>2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl</p>	<p>18.6%</p>	<p>>17%</p>	
<p>3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer</p>	<p>15.8%</p>	<p><22%</p>	
<p>4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliothekssoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien</p>	<p>81.1%</p>	<p>>80%</p>	

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Sicherstellen des Zugangs zu externen Datenbanken und Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Kunstgattungen
- Bereitstellen der notwendigen Infrastruktur für die wissenschaftliche Arbeit in der Stadtbibliothek.
- Interbibliothekarischer Ausleihdienst für die in Winterthur nicht vorhandenen Werke

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Zahl der Besucherinnen und Besucher Zahl der neugeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer Zahl der ausgeliehenen Medien - davon Bücher - davon CDs - davon DVDs / Videos - davon übrige			

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes Kosten pro ausgeliehenes Medium in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Zahl der Besucherinnen und Besucher Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer Zahl der ausgeliehenen Medien - davon Bücher - davon CDs - davon DVDs / Videos - davon übrige			

Produkt 3 Winterthurer Sondersammlungen und Nebenprodukte

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Mikroverfilmung von wichtigen Winterthurer Handschriften und Druckerzeugnissen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kosten pro benutztes Dokument in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Zahl der benutzten Dokumente			
Zahl der unterstützten Publikationen			
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)			

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist ein internationales Gastspieltheater. Es bietet der Bevölkerung der Stadt, der Agglomeration und der Grossregion Nord-Ost-Schweiz Theater in allen Sparten und in mehreren Sprachen. Mehr- und Minderheiten berücksichtigend ist es Teil des Gesamtangebotes der Kulturstadt Winterthur. Das Theater ist zudem ein technisch ausgestattetes und betriebsbereites Zentrum für die Bedürfnisse einer möglichst breiten und kommunikativen Kulturgesellschaft.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten wird das Haus für Kongresse, Tagungen, weitere Theaterangebote, Konzerte und gastronomische sowie feierliche Ereignisse vermietet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Stufe Verwaltungseinheit

Positionierungspapier "Positionierung 21"

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kostendeckungsgrad - Theateraufführungen - Vermietungen Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte auf Mieten</p> <p>2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen Auslastung der Sitzplätze Anzahl Besuchende Anzahl verkaufte Abonnemente Anzahl der Vermietungstage - davon für Winterthurer Non Profit Organisationen</p> <p>3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/-innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Kundenumfrage beim Theaterpublikum, 1x pro Legislaturperiode, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird. 2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich). 3) Auswertung von Reklamationen (laufend). <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 1) Theaterpublikum 2) Mieter/-innen</p> <p>4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch: - Theaterleitung (Ziel: Beurteilung von 70% der Aufführungen) - Theaterkommission (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) - Sammeln und Auswerten der Publikumsreaktionen - Auswerten des Medienechos <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen</p>			

Produkt 1 Theateraufführungen

Leistungen

- Anbieten eines breiten Angebotes an Musik-, Sprech- und Tanztheater

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Aufwandüberschuss pro Besucher/-in			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

Leistungen

- Anbieten eines technisch hochstehenden Hauses für Kongresse und Tagungen
- Besondere Berücksichtigung der Winterthurer Vereine und Institutionen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind durch die parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsbeiträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen und Personen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Stiftung für Photographie, GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Leistungen

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge werden für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Sammlungen Briner und Kern			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Kunstmuseum			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Villa Flora			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Kunsthalle Winterthur			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Museum Lindengut			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Technorama			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Fotomuseum			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Stiftung für Photographie			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Musik			
Orchester Musikkollegium (Beitrag)			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Musikfestwochen			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Musikverband der Stadt Winterthur			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Jazz in Winterthur			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Verein LMK - Live Musik Kultur			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			
Theater / Tanz			
Sommertheater			
- davon Beitrag			
- davon Nebenleistungen			

Marionettentheater - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Kellertheater - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Theater am Gleis - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Theater für den Kanton Zürich - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Verein tanzinwinterthur - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Film Filmfoyer Winterthur - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Filmbulletin - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Internationale Kurzfilmtage - davon Beitrag - davon Nebenleistungen Übrige Beiträge Astronomische Gesellschaft Winterthur (Total) - davon Beitrag - davon Nebenleistungen			
--	--	--	--

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.			

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Ausrichtung von Kulturpreisen. Ankauf von Kunstwerken. Führung des Kunstinventars der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Diverse Beiträge an Institutionen Kulturpreis der Stadt Winterthur Kunstankäufe Projektbezogene Beiträge Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl eingegangener Subventionsgesuche Anzahl bearbeiteter Subventionsgesuche Anzahl unterstützter Gesuche			

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln durch besucherfreundliche Ausstellungen und durch Veranstaltungen einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit die materielle Kultur und Umwelt- sowie Naturwissenschaftsthemen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne ist ein bedeutender Ort in der Stadt für Soziokultur und für den kulturellen Austausch.
3. Die Kulturvermittlung und das Veranstaltungsmarketing führen diversen Massnahmen durch, welche dazu dienen, das Kulturangebot der Stadt Winterthur bekannt zu machen und den Zugang und das Verständnis für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.
4. Im Aufgabengebiet der Bauten und Ateliers liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Benutzer.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Bekanntmachung des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellung eines umfassenden Angebotes im Bereich der Museumspädagogik für Schulklassen.

4 Bauten, Ateliers

Unterhalt und Wartung der Liegenschaften Bauten mit kulturellen Nutzungen im Hinblick auf eine Substanzerhaltung. Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Benutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen. Unterstützung von Künstler-Ateliers in Zusammenarbeit mit privaten Förderungsstellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1969)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Stufe Verwaltungseinheit

- Mietvertrag Waaghaus

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2003	Soll 2004	Soll 2005
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro EinwohnerIn (93'506 Stand per 31.08.03)</p>	... Fr.	... Fr.	... Fr.
<p>2 Kundenorientierung Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p>	... %	... %	... %
<p>Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter (der Rechnung beigelegt) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p>	... %	... %	... %
<p>Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p>	... %	... %	... %
<p>3 Zugänglichkeit Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne</p>
<p>4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur (vgl. Auflistung unter Produkt 4) werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudewertes</p>	... %	... %	... %

Produkt 1 Städtische Museen

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechsausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungsinstitutionen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Ausstellungen Anzahl Veranstaltungen Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Besuchende Naturmuseum Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg			

Produkt 2 Alte Kaserne

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen und -begleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der Kulturvielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (42 Wochen) durch regelmässige Benutzende			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne			

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung

- Museumspädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen für Schul- sowie Kindergartenklassen
- Führungen für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen.

Veranstaltungsmarketing

- Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt Kulturelles mit Veranstaltungskalender, Inserate für Förderpreise, MuseumsTagNacht usw., sowie Werbemassnahmen wie Museumsprospekt und Inserate. Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Anfragen an die Museumspädagogik im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl durchgeführter Führungen für Schulklassen Anzahl abgelehnter Führungen für Schulklassen Anzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender			

Produkt 4 Bauten, Ateliers

Leistungen

Unterhalt, Wartung sowie Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb von städtischen Liegenschaften mit kultureller Nutzung:

- Museums- und Bibliotheksgebäude, Museumstrasse 52
- Waaghaus, Marktgasse 25
- Stadtbibliothek, Obere Kirchgasse 6
- Barockhäuschen, im Stadtgarten
- Kapelle Rossberg, Rossberg
- Musikpavillon, im Stadtgarten
- Ateliers

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Öffnungszeit Kunstmuseum für Besuchende in Std./Woche Öffnungszeit Münzkabinett für Besuchende in Std./Woche Öffnungszeit Naturmuseum für Besuchende in Std./Woche			

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integration

Die Integration von Ausländern soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermaßen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden. Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Fachstelle für Integration ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern an.

3 Quartierentwicklung

Förderung und Unterstützung des soziokulturellen Austausches der Quartierbevölkerung sowie der öffentlichen Freizeit- und Raumgestaltung mit fachlichen und finanziellen Ressourcen sowie öffentlichen Infrastrukturen:

- Beratung, Unterstützung und Anerkennung der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Angebote für die öffentliche Freizeitgestaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93 bzw. 22.01.03
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Stadtentwicklung Arbeitsschwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung) ▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.) ▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) <p>eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort ▪ Wohnen, Wohnstandort ▪ Stadtteilentwicklung <p>Integration Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) ▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte ▪ Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs "Leben in Winterthur" ▪ Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen <p>Vernetzungsaufgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonale, national) <p>Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes ▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden <p>Quartierentwicklung Quartierförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften ▪ Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt. ▪ Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften <p><i>Messgrössen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften ▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung ▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) <p>Öffentliche Freizeitgestaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm (inkl. Ferienpass) ▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume ▪ Kostendeckungsgrad Spielbus und Freizeitmaterialverleih 			<p>...</p> <p>...</p> <p>...</p>

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Monitoring (kommentierte Zahlen) über die wichtigsten Faktoren der Stadtentwicklung wie Steuerkraft (absolut und relativ), Arbeitsplätze, Bevölkerung, erstellte Wohnungen nach Preissegmenten, Entwicklung der Studierendenzahl.
 Schlussbericht über Erfolg/Misserfolg abgeschlossener Projekte

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Steuerkraftentwicklung absolut Steuerkraftentwicklung relativ Anzahl erstellte Wohnungen - davon Wohnungen im höheren Preissegment - davon Wohnungen im mittleren Preissegment - davon Wohnungen im tieferen Preissegment			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl laufende Projekte per 31.12. Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode Anzahl geplante Projekte pro Periode			

Produkt 2 Integration

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter) Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich) Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung) Anzahl durch die Integration berücksichtigter Projektgesuche Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste			

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

Quartierförderung

- Drehscheibe und Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau- und Entwicklungsaufgaben
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit dem Büro einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier,- Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen

Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur und Beteiligung am Zürcher Sommerferienpass: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien
- Informationsstelle: Führung einer Informationsstelle für Quartierkultur- und Freizeitbelange
- Musikübungsräume und Spielverleih: Vermietung von Musikübungsräumen und Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen			
Anzahl Quartierlokale			
Anzahl Ludotheken			
Anzahl Verleihungen des Spielbuses			
Anzahl Musikübungsräume			
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen (ohne DWS-Sportkurse)			

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtmann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf die Zivilprozessordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz sowie die Strafprozessordnung zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtmannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramt

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Sühnbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten sowie im Ehrverletzungsprozess nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und entscheiden als Richterinnen endgültig zivilrechtliche Streitigkeiten, deren Streitwert 500 Franken nicht übersteigt.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtmann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, ZPO, GVG, StPO, EGzZGB

Friedensrichteramt

ZGB, OR, SchKG, StGB, EGzZGB, ZPO, GVG, StPO u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtmann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtmann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiell-rechtlich sind die Stadtmann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesgericht) unterstellt.

Friedensrichteramt

Das Friedensrichteramt ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtmann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramt der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl Aufsichtsbeschwerden <p>2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt 			

Produkt 1 Stadtammann- und Betreibungsämter

Leistungen

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtammannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen. Beurteilung der Tätigkeit der Stadtammann- und Betreibungsämter Anzahl schriftlicher Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren Anzahl Pfändungsvollzüge Anzahl Konkursandrohungen Anzahl ausgestellter Verlustscheine Anzahl stadttammannamtlicher Geschäfte <ul style="list-style-type: none"> - davon Beglaubigungen - davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen) - davon Ausweisungen (Exmissionen) 			

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten und Ehrverletzungsklagen führen
- Hauptverfahren in Zivilprozessen bis 500 Fr. Streitwert führen
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung/Urteil erledigt werden konnten, im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle Anzahl der Fälle, welche nach einer Sühnverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (ohne Hauptverfahren) Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herbeigezogen. Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes Anzahl Rekurse und Nichtigkeitsbeschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl behandelter Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten Anzahl Zivilprozesse bis und mit 500 Fr. Streitwert Anzahl Sühnverfahren in Ehrverletzungsprozessen Anzahl Audienzgespräche			

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

-

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl der abzuschreibenden Fälle - Betrag der abzuschreibenden Fälle in Tausend Fr.* - Anzahl der wiedereingebrachten Fälle - Betrag der wiedereingebrachten Fälle in Tausend Fr.* - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in Fr. - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in Fr. - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in Fr. - Durchschnittliche Kosten pro IPV-berechtigte Person in Fr. * Gesamtabschreibungen Staat und Gemeinden <i>Messgrösse</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden</p> <p>2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Öffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p> <p>3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nach- und Strafsteuerfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen</p>			

Produkt 1 Steuern natürlicher Personen

Leistungen

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisations im Todesfall

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisations, Nettokosten pro steuerpflichtige Person. Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II Anzahl Inventarisations Anzahl Steuerrechnungsmahnungen Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen) Anzahl Betreibungen Anzahl Einsprachen Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung* Anzahl aktive Steuerausscheidungen Anzahl passive Steuerauscheidungen Anzahl Steuerausweise Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen			

* Gesamtsoll entspricht dem Total der nat. und jur. Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristischer Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen Anzahl Steuerrechnungsmahnungen Anzahl Betreibungen Anzahl Einsprachen Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung* Anzahl aktive Steuerauscheidungen Anzahl passive Steuerauscheidungen			

* Gesamtnettosoll entspricht dem Total der nat. und jur. Personen aus der Jahresabrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstückgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert.</p> <p>Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert.</p> <p>Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren.</p> <p>Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall.</p>			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle</p> <p>Anzahl Handänderungen</p> <p>Anzahl Mahnungen</p> <p>Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)</p> <p>Anzahl Betreibungen</p> <p>Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern</p> <p>Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern</p> <p>Anzahl Beanstandungen</p> <p>Anzahl Restanzen</p> <p>Anzahl Pfandrechtseintragungen</p>			

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste sind die ersten und hauptsächlichen Informatik-Dienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Webmastering für Intranet und Internet

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes, KundInnenbetreuung

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen (vormals Konzerndienstleistungen)

Umsetzung und Ueberprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Datenschutzgesetz vom 6.6.93 (inkraftsetzung am 1.1.95)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 7.12.94
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie (SRB Nr. 96-0162 vom 24.1.96)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2000

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung - der Dienstleistungen für verwaltungsexterne Auftraggeber - der Gesamtheit der Dienstleistungen Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezüger kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.</p> <p>2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrössen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)</p> <p>3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> - Datenverlust im Rechenzentrum</p> <p>4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> - Attest</p> <p>5 Lehrlingsausbildung Die IDW stellen jährlich ein Auszubildender / eine Auszubildende an. <i>Messung / Bewertung</i> - pro Jahr eine Auszubildende / ein Auszubildender (ab 2005)</p>			

Produkt 1 Software & Consulting

Leistungen

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Web-Mastering / Web-Hosting für Internet- und Intranet-Lösungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verrechenbarer Umsatz pro MitarbeiterIn KundInnenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl betreute Anwendungen Stundensätze für interne Dienstleistungen - Beratung - Realisierung Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST) - Beratung - Realisierung			

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der BenutzerInnen in IT-Fragen. Konzipieren, beschaffen, installieren und integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reperatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse für BenutzerInnen
- Flottenpolitik (Führen der Flottenliste, Evaluation und Vertragsverhandlungen)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Reaktionszeit für Anrufentgegennahme im Help-Desk nach spätestens 30 Sek., gemessen mittels Telefonsystem Durchschnittliche Reaktionszeit für Problemlösung (gemäss Spezifikation DLV) KundInnenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) Grad der KundInnenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl stadtweit installierte PC (ohne Primarschulen) Anzahl installierte lokale Netzwerke (dezentrale Server) Informatikschulung für BenutzerInnen - Anzahl Kurse - Anzahl KursteilnehmerInnen			

* Der Schulungsbedarf wird bei Einführung XP höher sein.

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen- und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verfügbarkeit Stadtnetz Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung Betriebsbereitschaft wieder hergestellt Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Ueberwacher Betrieb Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat) Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat) Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat) Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat) KundInnenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden)			

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Beteiben der im RZ installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS für Gemeinden im Kanton Zürich
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Beraten und mitwirken bei der Evaluation und Beschaffung dezentraler Hard- und Software
- Pflegen der eingesetzten Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Systemverfügbarkeit - Anwendungen (365 Tage x 24h) - Server (Unix, NT) (365 Tage x 24h) Interne KundInnenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden) Externe KundInnenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner - UNIX (AIX) - DEC / Compaq - Windows NT / 2000 Anzahl registrierter BenutzerInnen			

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Aemtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet.</p> <p>Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten "Owner" belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um "Konzernregelungen". Sie sind im Produkt 5 "Zentrale städtische Informatikdienstleistungen" zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.</p>			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten Lehrverhältnisse (InformatikerInnen) Kostenaufteilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dokumentenmanagement- und Geschäftskontrolle-System für die gesamte Stadtverwaltung - Intranet für die Stadtverwaltung - Gesamtstädtische Informatikstrategie und Beginn Umsetzung - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) - Datenschutz und Datensicherheit - Lehrlingsausbildung (Basislehrjahr) - Stadtweites Projekt Einführung Windows / Office XP 			

* zusätzlich 1 Praktikant Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

Liegenschaftenverwaltung

Auftrag

Die Aufgaben der Liegenschaftenverwaltung lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften aus dem Finanzvermögen

Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen

Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Verkauf Reberzeugnisse

- Herstellung und Vertrieb von Reberzeugnissen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26.10.1987

Stufe Verwaltungseinheit

- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes "Bewirtschaftung Finanzvermögen":</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. <p>Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes "Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen":</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der Pünften sowie des Betriebes MZA. <p>1 Wirkung / Effektivität</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <p><i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag</p> <p><i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <p><i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag</p> <p><i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz</p> <p>2 Wirtschaftlichkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <p><i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag</p> <p><i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <p><i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag</p> <p><i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz</p> <p>3 Kostendeckungsgrad</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verkauf Reberzeugnisse <p><i>Messung / Bewertung:</i> Betriebsaufwand in Relation zum Betriebsertrag</p> <p><i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz</p> <p>4 Kundenzufriedenheit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <p><i>Messung / Bewertung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen - Anzahl der Schlichtungsfälle <p><i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der substanzlosen Miet- und Pachtrechtsfälle</p>			

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe "parlamentarische Zielvorgaben" ▪ Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens <p>Buchwert Total per Stichtag</p> <ul style="list-style-type: none"> - Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser - Buchwert Sozialer Wohnungsbau - Buchwert Restaurantbetriebe - Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe - Buchwert Baurechtsgrundstücke - Buchwert unbebaute Grundstücke - Buchwert unvollendete Bauten - Buchwert überbewertetes Grundeigentum <ul style="list-style-type: none"> ▪ Liegenschaftenbestand <p>Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:</p> <p>Wohn- und Geschäftshäuser</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsverträge - Einfamilienhäuser - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Sozialer Wohnungsbau</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einfamilienhausverträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Restaurants</p> <ul style="list-style-type: none"> - Restaurants - Wohnungsverträge - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Landwirtschaftliche Pachtbetriebe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bauernhöfe mit total 201 ha Land - davon nach Bewirtschaftungsform "BIO" - davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN" <p>Unbebaute Grundstücke</p>			

<ul style="list-style-type: none"> - Land - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge <p>Baurechte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Baurechte für Wohnbauten - Baurechte für Industriebauten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verwaltungsmandate <p>Liegenschaften der Pensionskasse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsverträge - Einfamilienhausverträge - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Diverse städtische Objekte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Restaurants - Baurechte <p>Inkassomandat für diverse städtische Objekte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsverträge - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge 			
--	--	--	--

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe "parlamentarische Zielvorgaben" ▪ Liegenschaftenbestand <p>Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:</p> <p>Verwaltungsliegenschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsverträge - Benützungsverträge Stadtverwaltung - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Betrieb Mehrzweckanlage</p> <ul style="list-style-type: none"> - MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau) - Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker - Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof) - Objekte (Plätze, Parkplätze etc.) <p>Uebriege Liegenschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge - Garagenverträge - Parkplatzverträge <p>Püntenverwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge) 			

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Liegenschaftenverwaltung erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte			

Produkt 4 Verkauf Reberzeugnisse

Leistungen

- Herstellung und Vertrieb von Reberzeugnissen für die Bevölkerung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
siehe "parlamentarische Zielvorgabe"			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
siehe "parlamentarische Zielvorgaben"			

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig. Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfung der Abrechnungen von Investitionskrediten
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesezt und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltkontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom (Erlass durch GGR, das Geschäft ist demnächst beim Stadtrat)

▼ Beschlussteil ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren Kostendeckungsgrad Produkt 2: • Externe Revisionsmandate • Gesetzliche Stiftungsaufsicht			

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

Siehe Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
siehe Parlamentarische Zielvorgaben			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

Siehe Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
siehe Parlamentarische Zielvorgaben			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Laufenden Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahestehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Gemeindeordnung

Rahmenbestimmungen für die WoV Pilotorganisationen

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Bemerkungen im Revisionsbericht der Finanzkontrolle und des Bezirkrates Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung</p> <p>2 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrössen</i> Höhe der durchschnittlichen Liquidität</p> <p>3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrössen</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2</p>			

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Leistungen

Siehe Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
siehe parlamentarische Zielvorgaben			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Arbeitsstunden für Planung (IAFP, Voranschlag)			
Arbeitsstunden für Berichtswesen (Rechnung, Hochrechnung)			
Anzahl Projekte			
Anzahl Mitberichte			

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Leistungen

Siehe Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl verrechneter Stunden			

Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeinkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen (Aufwand) oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeinkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeinkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeinkosten liegt beim Vorsteher des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeinkosten weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeinkosten" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Gemeindeordnung

Rahmenbestimmungen für die Pilotorganisationen

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Produkt 1 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Leistungen

vgl. Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktegruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktegruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktegruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktegruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Vorsteher der Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Vorsteher des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktegruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons
- Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Gemeindeordnung

Rahmenbestimmungen für die Pilotorganisationen

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Steuern und Finanzausgleich

Leistungen

vgl. Auftrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Stadtplanung

Auftrag

Effiziente, ressourcenschonende räumliche Nutzung und Bewirtschaftung des Stadtgebiets gemäss Vorgaben der Stadtentwicklung. Wahrung von Spielräumen für künftige Entwicklungen.

Produkte

1 Richt- und Nutzungsplanung

Nachführung der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben.

2 Sondernutzungs- und Erschliessungsplanung

Erstellung öffentlicher Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften und Quartierpläne. Nachführung des kommunalen Erschliessungsplans. Prüfung und Antragsstellung privater Gestaltungspläne und Erschliessungsvorhaben.

3 Planung und Steuerung von Verkehrsanlagen

Sachgerechte Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur, Erarbeiten bzw. Prüfen von Bau- und Niveaulinien.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG)
- Raumplanungsverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich inkl. Verordnungen (Verzeichnis 700.1)
- Strassengesetz des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung (BZO)
- Sondernutzungspläne
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Verkehrsplanung 1.1 Eliminierung von Unfallschwerpunkten Messung: Anzahl bearbeitete Projekte (vgl. Rubrik Leistungsmengen unter Produkt Planung und Steuerung von Verkehrsanlagen, Aufzählung) 1.2 Verkehrsberuhigung in den Quartieren Messung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl realisierte Massnahmen ▪ Anzahl erstellte Gutachten <p>(vgl. Rubrik Leistungsmengen unter Produkt Planung und Steuerung von Verkehrsanlagen, Aufzählung)</p> <p>2 Nachhaltige Entwicklung Schaffung von rechtskräftig erschlossenem Bauland für eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und nachhaltige Stadtentwicklung Messung / Bewertung: Jährlich rechtskräftig erschlossenes Bauland nach Zonen: Bauzonen im Ganzen</p> <p>a) Wohnzonen</p> <ul style="list-style-type: none"> - W 2 - W 3 - W 4 <p>b) Mischzonen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kernzonen - Quartierhaltungszonen - Wohnzonen mit Gewerbeerlaubnis - Zentrumszonen <p>c) Arbeitszonen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewerbebezonen - Industriezonen <p>Kapazitätsreserven Jahr 2003: 200 ha</p> <p>3 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft (Sekretariat RWU, Quartierpläne und Privaterschliessungen, Private Gestaltungspläne)</p> <p>4 Kundenorientierung 4.1 Die Kundschaft ist mit den Dienst- und Planungsleistungen des Stadtplanungsamtes zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Periodische und repräsentative Kundenumfrage bei externen Stellen:</p> <p>a) Sondernutzungs- und Erschliessungsplanung b) Planung und Steuerung von Verkehrsanlagen</p> <p>Prozentsatz der auf alle Fragen mit Zufriedenheit oder sehr zufrieden Antworten.</p> <p>4.2 Zeitgerechte Bearbeitung von Erschliessungsvorhaben Messung: Weiterleitung aller Erschliessungsvorhaben innert 30 Tagen</p>			

Produkt 1 Richt- und Nutzungsplanung

Leistungen

- Nachführung der Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und Vorgabe Stadtentwicklung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Periodische Revisionszyklen Richtplanung 20 bis 25 Jahre Nutzungsplanung 10 bis 15 Jahre			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Initialisierung von Projekten nach Prioritäten - - - Projekte in Ausführung, Status - - -			

Produkt 2 Sondernutzungs- und Erschliessungsplanung

Leistungen

- Erarbeitung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Prüfen von privaten Sondernutzungsplanungen
- Antragstellung von Sondernutzungsplanungen
- Beratung privater Gesuchsteller

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Zeitgerechte Erarbeitung öffentlicher Sondernutzungsplanungen Rasche Vorprüfung privater Sondernutzungs- und Erschliessungsplanung Zeit- und sachgerechte Antragsstellung Kostendeckende Beratung nach KBOB-Tarif			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Stand einzelner Erschliessungen, Status: - - -			

Produkt 3 Planung und Steuerung von Verkehrsanlagen

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege nachhaltig, sicher und leistungsfähig planen und bewirtschaften

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Wege des öffentlichen Verkehrs bevorzugen und staufrei halten Das übrige Strassennetz verkehrssicher und umweltgerecht halten Periodisches Audit durch externe Fachstelle. Erfüllung vom Energielabel.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl der bearbeiteten Projekte zur Eliminierung von Unfallschwerpunkten. Wesentliche Projekte zur Eliminierung von Unfallschwerpunkten: - - - Anzahl der bearbeiteten Anliegen bezüglich Verkehrsberuhigung in den Quartieren. Anzahl Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Realisierung: - - - Anzahl Gutachten von Verkehrsberuhigungsmassnahmen: - - - Anzahl Anliegen im Rahmen von grösseren Erschliessungen: - - -			

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu unterhalten und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> Fr. pro m2 (relative Werte)</p> <p>2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrössen:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten</p> <p>3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktegruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2004/2005 (letzte Umfrage Mai 2001) 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage "Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?" mit Ja Antwortenden. 2001 Umfrage Resultat 77% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen</p> <p>4 Sicherheit Die Sicherheit der BenützerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt</p> <p>5 Umweltschutz (Oekologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt</p>			

Produkt 1 Ingenieur Dienstleistungen

Leistungen

- Planung und Projektierung von Strassenobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekte vom Kanton gem. Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte Zustandsbericht der Strassen MSE, Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteher Anzahl abgerechnete Projekte, Bauabschluss			

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen. Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten. Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche).			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Strassenlänge in m Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2			

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2			

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen mit Streumitteln geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2			

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern			

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbeete reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen			

Produkt 7 Oeffentliche WC-Anlagen und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen Realisierung von 3 WC-Anlagen nach neuem Konzept Umsetzung WC Konzept 2. Phase, Stilllegung, Rückbau, Umnutzung			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die WC-Anlagen werden mind. zweimal pro Jahr desinfiziert			

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzipes.

Produkte

1 Städtenwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrichtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen.

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eigenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zu VSE
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> Fr. pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in Fr. pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in Fr. pro Jahr</p> <p>2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend.</p> <p>3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad</p> <p>4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen</p> <p>5 Umweltschutz (Oekologie) Im Rahmen der Werterhaltung wird der Fremdwasserelimination besonderes Gewicht beigemessen <i>Messung / Bewertung:</i> 2-jährliche Fremdwassermessung in ARA <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Reduktion Fremdwasser 1% pro Jahr (ca. 100000 m3) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werterhaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt</p> <p>Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> %-Satz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt</p>			

Produkt 1 Stadtentwässerung

Leistungen

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. APW Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstückentwässerungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Dokumentation: - Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung Funktionsverbesserung Kanalnetz: - Fremdwasseranteil senken. Reduktion Fremdwasser 1 % pro Jahr Liegenschaftsentwässerung: - Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen - Kundenzufriedenheit halten Industrieabwasser: - Qualität Klärschlamm (Schwermetallgehalt SNV-Wert) Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz Alle 10 Jahre öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten Alle 5 Jahre öffentliches Kanalnetz reinigen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Länge öffentliches Kanalnetz Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke			

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrichtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen) %- Satz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung Verursacherorientierte Finanzierung Gebühren Benchmark mit CH-Städten Ziel: Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte Grundgebühr Wohnung pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Total gesammelte Abfallmengen Abfallmenge pro EinwohnerIn			

Produkt 3 Deponie Riet

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Deponiertes Material in Tonnen Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen			

Hochbau

Auftrag

Erstellung von zielorientierten Entscheidungsgrundlagen im Baubereich der Stadtgestaltung und in der Denkmalpflege. Planung und Realisierung von städtischen Bau- und Unterhaltsprojekten unter Beachtung funktionaler, konstruktiver und architektonischer Qualität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Produkte

1 Stadtgestaltung

Beratung von Bauwilligen, gestalterische Begutachtung von Baugesuchen (private und städtische) und führen der Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege. Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung bei der Renovation von Bauten im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen. Beratung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmalern.

3 Städtische Hochbauten

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben.

4 Haustechnik

Fachliche Begleitung der städtischen Neu- und Umbauvorhaben, sowie Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit der haustechnischen Anlagen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Obligationenrecht
- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten (SIA 118)
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)
- Verordnung über den Natur- und Heimatschutz
- Verordnung über die Raumplanung (RPV)
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Planungs- und Baugesetz des Kt. Zürich (PBG)
- Verordnung über den Natur- und Heimatschutz und über kommunale Erholungsflächen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Energiegesetz (EnG)
- Energieverordnung (EnV)
- Bundesbeschluss für eine sparsame und rationelle Energienutzung (ENB)
- Oeltankvorschriften (TTV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonaler Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Allg. Bedingungen der Stadt Winterthur für die Ausführung von Bauarbeiten vom 4.3.83
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Massnahmeplan Feuerungen für die Stadt Winterthur vom 09.12.92
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Minimierung der Anzahl Störfälle bei Haustechnikanlagen <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Störfälle pro Jahr ausserhalb der Arbeitszeit (Pikettzeit) Effektiv geleistete Pikettstunden im Jahr 2006: xxx Stunden</p> <p>2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad aus Investitionsrechnung Kostendeckungsgrad aus laufender Rechnung Kostendeckungsgrad aus Service-Einsätzen</p> <p>3 Kundenorientierung Die externe Kundschaft ist mit den Produktdienstleistungen zufrieden <i>Messung / Bewertung</i> Repräsentative Erhebung zur Kundenzufriedenheit: a) Stadtgestaltung: - Befragung der Fachgruppe durch externes Gremium Beurteilung der Dienstleistungen und Entscheide b) Denkmalpflege: - Umfrage bei der Bauherrschaft bei grösseren Bauvorhaben - Bericht der kantonalen Denkmalpflege - Periodische Umfrage bei öffentlichen Veranstaltungen mittels Fragebogen c) Städtische Hochbauten: - Umfrage bei Architekten bei grösseren Bauvorhaben nach Bauabschluss. Zufriedenheitsgrad vom Auftragnehmer d) Haustechnik: - Periodische Umfrage</p> <p>4 Umweltschutz (Oekologie) Reduktion des spezifischen Energieverbrauchs sanierter Heizanlagen <i>Messung / Bewertung</i> Energieverbrauch</p>			

Produkt 1 Stadtgestaltung

Leistungen

Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Befragung der Fachgruppe durch ein externes Gremium Beurteilung der Dienstleistungen und Entscheide			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl der betreuten Baugesuche Anzahl der bearbeiteten Projekte in der Fachgruppe Stadtgestaltung			

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Bericht der kantonalen Denkmalpflege Kundenumfrage bei öffentlichen Veranstaltungen mittels Fragebogen. Kundenzufriedenheit			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl der betreuten Baugesuche und Renovationen (Detailisierungsgrad entsprechend den statistischen Auswertungsmöglichkeiten der neuen Software)			

Produkt 3 Städtische Hochbauten

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Durchführung des baulichen Unterhalts aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzdepartement)
- Bereitstellen aktueller Grundlagen zu optimalen Erhaltung und Nutzung der städtischen Liegenschaften

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Investitionsrechnung: Optimale Entscheidungsgrundlagen für die Erhaltung und Nutzung der städtischen Liegenschaften. Beraten der Eigentümer in Baufragen. Kostendeckungsgrad aus Investitionsrechnung Laufende Rechnung: Durch gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung der städtischen Liegenschaften sicherstellen, die Kosten tief halten Kostendeckungsgrad aus laufender Rechnung Sicherstellung der notwendigen Aktualisierungen im Prozessmanagementhandbuch zur Sicherstellung der Qualität Umfrage bei Architekten bei grösseren Bauvorhaben nach Bauabschluss. Zufriedenheitsgrad vom Auftragnehmer			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Relevante und abgeschlossene Projekte mit Nachweis zur Nachhaltigkeit: Betreute Liegenschaften: Departement Kulturelles und Dienste <ul style="list-style-type: none"> ▪ Museen, Bibliotheken, Schlösser ▪ Theater am Stadtgarten ▪ Kunst- und Kulturpflege ▪ Quartierkultur Freizeitaktionen Departement Finanzen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wohn- und Geschäftshäuser ▪ Sozialer Wohnungsbau ▪ Restaurants ▪ Landwirtschaftliche Pachtbetriebe ▪ Verwaltungsgebäude ▪ Übrige Liegenschaften des Verwaltungsgebäudes ▪ Liegenschaften der Abt. Einquartierungen Departement Bau <ul style="list-style-type: none"> ▪ Strasseninspektorat Departement Sicherheit und Umwelt <ul style="list-style-type: none"> ▪ Polizei ▪ Feuerwehr ▪ Zivilschutz ▪ Campingplatz Departement Schule und Sport <ul style="list-style-type: none"> ▪ Horte ▪ Kindergärten ▪ Unterstufen Schulhäuser ▪ Oberstufen Schulhäuser ▪ SZK-städtische Schule etc. ▪ Bäder / Eishalle ▪ Sportanlagen 			

Departement Soziales <ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugendheime ▪ Sozialamt ▪ Alter + Pflege ▪ Spitex Departement technische Betriebe <ul style="list-style-type: none"> ▪ Städtische Werke Winterthur ▪ Stadtbus ▪ Forstbetrieb ▪ Stadtgärtnerei Pensionskasse <ul style="list-style-type: none"> ▪ Liegenschaften der Pensionskasse Projekte <ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekte in der Investitionsrechnung (Zahlung in Franken) ▪ Projekte in der laufenden Rechnung (Zahlung in Franken) 			
---	--	--	--

Produkt 4 Haustechnik

Leistungen

- Fachliches begleiten der städtischen Neu- und Umbauvorhaben
- Projekt- und Bauleitung bei Heizungssanierungen im Rahmen der Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Erstellen von Kostenvoranschlägen für die Sanierung von Haustechnikanlagen
- Erarbeiten von Haustechnik-Grundlagen für Neu- und Umbauten
- Betreuen der städtischen Haustechnikanlagen zur Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 20056
Anzahl Störfälle während der Pikettzeit (Heizperiode) Kostendeckungsgrad aus Service-Einsätzen Einhaltung der Kostenvoranschläge zu 100 % auf der Basis der abgerechneten Projekte Reduktion des spezifischen Energieverbrauchs sanierter Heizanlagen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Betreute Haustechnik-Anlagen Anzahl wesentlicher Störfälle innerhalb der Arbeitszeit. Anforderung: Diese sind zwingend innerhalb von 3 Tagen zu beheben.			

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Erneuerung des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb des Geographischen Informationssystems (GIS-Winterthur) über Grundstücke, Bauten, Raumplanung, Werkleitungen usw.
- Dienstleistungen im Bereich GIS für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Gebäudeadressierung

Produkte

1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS-Winterthur), Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Gebäudeadressierung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 950 (Führung der Grundbuchpläne)
- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 18. November 1992; SR 211.432
- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumordnung und Vermessung (ARV)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das GIS der Stadt Winterthur vom 24.11.1999
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenummerierung der Stadt Winterthur
- Verträge zwischen Geodateneigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)</p> <p>2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt im GIS vollständige und verbindliche Grundlagen für Bau-, Planungs- und Verwaltungszwecke und stellt diese der Kundschaft in geeigneter Form zur Verfügung. <i>Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung in zweijährigem Turnus in den ungeraden Jahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p> <p>3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereitstellung der Geodaten des GIS-Winterthur im Internet ▪ Lösungskonzept betreffend elektronischer Weitergabe von Mutationsdaten der amtlichen Vermessung an Drittapplikationen ▪ Das neue Datenmodell der amtlichen Vermessung (DM.01) ist im GIS-Winterthur implementiert. 		-	

*aufgrund externer Einflüsse

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Leistungen

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in Franken			

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Erneuerung des Vermessungswerkes gemäss den Vorschriften der amtlichen Vermessung 1993 (AV93)
- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Neuvermessungen
- Unterhalt der Grundstücksregister

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dienstanweisung zur Erneuerung des Vermessungswerkes: Mit Ausnahme des Nicht-Baugebiets in den Stadtkreisen Wülflingen und Töss sowie des Altstadtkerns sind die Daten der amtlichen Vermessung vollständig strukturiert und erneuert. ▪ Dienstanweisung zur Erneuerung des Vermessungswerkes: Die kantonalen Mehranforderungen (Abstandslinien, Nutzungszonen, Grundwasserschutz und Sondernutzungen) sind in das GIS-Winterthur integriert. 			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in Franken			

Produkt 3 Betrieb Geoinformationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe

Leistungen

- Betrieb der Infrastruktur für das GIS-Winterthur
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftstelle, Gebäudeadressierung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Technologische Entwicklung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereitstellung der Geodaten des GIS-Winterthur im Internet ▪ Das Lösungskonzept betreffend elektronischer Weitergabe von Mutationsdaten der amtlichen Vermessung an Drittapplikationen (GeKaGe, GGX, Notariate, etc.). ▪ Das neue Datenmodell der amtlichen Vermessung (DM.01) ist im GIS-Winterthur implementiert. 	-		

*aufgrund externer Einflüsse

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in Franken <ul style="list-style-type: none"> ▪ GIS Betriebsführung ▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben 			

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Unterstützung Stadtentwicklung / spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, Stadtentwicklung / Projektleitung, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 31 - 34

und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 35 - 37

und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts - Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. - ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung</i> Gewonnene Rechtsmittelverfahren</p> <p>2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht (Gebührenverordnung) Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle - Aufzugskontrolle</p> <p>3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen Innert 3 Wochen Innert 2 Monaten Innert 3 Monaten Innert 4 Monaten</p> <p>4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial</p> <p>5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> Private Kontrollen Plausibilitätskontrolle aller Nachweise Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben</p>			

Produkt 1 Bauaufsicht

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs- Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so speditiv als möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlage während der Bauphase bezüglich Uebereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen Erteilung innert 3 Wochen von 30 % Erteilung innert 2 Monaten von weiteren 30 % Erteilung innert 3 Monaten von weiteren 30 % Erteilung innert 4 Monaten der restlichen 10 % Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Bauwilligungsverfahrens und der Bauaufsicht zufrieden. Periodische Kundenumfrage Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren) Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren Anzahl übrige Baubewilligungsverfahren Anzahl Bauabnahmen			

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung der Energieplanung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz: - Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus - Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emmissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung Überwachung Anforderung BBV I: Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen Stichprobenkontrolle Die externe Kundschaft ist mit den Dienstleistungen bei den technischen Bewilligungen und Kontrollen zufrieden. Periodische Kundenumfrage			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Brandschutz: Anzahl Vernehmlassungen Brandschutz: Anzahl Baukontrollen Brandschutz: Periodische Gebäudekontrollen, Berichte Anzahl 2-jährig Anzahl 4-jährig Anzahl 6-jährig Anzahl 8-jährig Brandschutz: Kontrollen von Fall zu Fall Feuerungskontrolle: Anzahl Bewilligungen Anzahl Sanierungen Anzahl Belästigungsklagen Technischer Umweltschutz: Anzahl Vernehmlassungen Anzahl Baukontrolle Anzahl Stichproben Private Kontrollen			

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departemen Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Gewonnene Rechtsmittelverfahren Max. 1 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Rechtsmittelverfahren: Anzahl Planungs- und baurechtliche Verfahren - Gewonnene Verfahren - Teilweise gewonnene Verfahren Anzahl Submissionsbeschwerden - Gewonnene Beschwerden - Teilweise gewonnene Beschwerden Anzahl Strafverfahren Anzahl Reklamen Anzahl Mutationen			

Melde- und Zivilstandswesen (M+Z)

Auftrag

Zuverlässige gegenwarts- und vergangenheitsbezogene Registrierung aller Winterthurer Einwohner/innen und Bürger/innen des Bezirks Winterthur sowie Beurkundung aller relevanten Zivilstandsfälle. Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Registern. Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen sowie Registrierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Mitwirkung bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen.

Auftragserledigung für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

Teilprodukte:

- Führen des Einwohnerregisters
- Führen des Stimmregisters
- Dienstleistungen für das Migrationsamt

2 Zivilstandsamt

Teilprodukte:

- Führen der Zivilstandsregister der Stadt Winterthur
- Führen der Zivilstandsregister des Bezirks Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund: ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Schweiz. Gesetz und Verordnung über den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen.

Kanton: Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Datenschutzgesetz und Datenschutzverordnung / Gemeindegesezt des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden. / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung/Jahresziele

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen</p> <p><i>Messgrössen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in ▪ Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle ▪ Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt ▪ Kostendeckungsgrad insgesamt <p>Kundenorientierung</p> <p>Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden</p> <p><i>Messgrössen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle <ul style="list-style-type: none"> - sehr zufrieden - zufrieden ▪ Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt <ul style="list-style-type: none"> - sehr zufrieden - zufrieden ▪ Zufriedenheitsgrad Trauungen <ul style="list-style-type: none"> - sehr zufrieden - zufrieden ▪ Optimale Öffnungszeit ▪ Optimale telefonische Erreichbarkeit <p>Kurze Reaktionszeit</p> <p><i>Messgrössen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen ▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen ▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt. <p>Kurze Wartezeiten</p> <p><i>Messgrössen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Durchschnittliche Wartezeit bei der Einwohnerkontrolle ▪ Bei grossem Kundenaufkommen sind in der Abteilung Ehen 2 Schalter bedient. <p>Schlanke Arbeitsabläufe, möglichst wenig persönliche Vorsprachen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Kundschaft muss für ein Geschäft (ausgenommen Eheschliessung) nur ein Mal persönlich vorsprechen. 			

Produkt 1 Einwohnerkontrolle

Leistungen

- Führen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Antragstellung für Reisepapiere von schweizerischen Staatsangehörigen
- Führen des Hunderegisters und Einzug der Hundesteuer
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Durchführen der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte): Kundenaufträge sind innert 2 Arbeitstagen bearbeitet. Zielerreichung: Adressauskünfte werden innert 1 Arbeitstag beantwortet. Zielerreichung: Durchschnittliche Wartezeit:			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Mutationen im Einwohnerregister Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register Anträge für CH Reisepapiere (Pass und Id'Karte) Adressauskünfte (Zahl geschätzt) Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum) Ausländerregister: Bewilligungsänderungen und -verlängerungen Total aller Dienstleistungen			

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führen der Zivilstandsregister (alte Register und Datenbank InfoStar)
- Erstellen von Auszügen aus den Registern, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens (inkl. Prüfung der Dokumente) zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Einzel- und Familienregister werden kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Eintrag / Auszug Bestellte Auszüge von Registereinträgen verlassen das Amt innert 5 Arbeitstagen. Zielerreichung:			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Registereinträge (ereignisbezogen) Rück Erfassung von Personen im InfoStar Auszüge aus den Registern Vorbereitungsverfahren zur Eheschliessung (Beratung und Aktenprüfung) Vornahme von Trauungen Dienstleistungen Total			

Polizeirichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Bussenverfügungen, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Bussennumwandlungen). Leisten von Rechtshilfe für andere Amtsstellen.

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erladigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, TG, ANAG usw.)
- Gerichtsverfassungsgesetz des Kantons Zürich
- Strafprozessordnung des Kantons Zürich
- (kantonale) Verordnung über die Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht des Bundes
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Bussenverfügungen <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Einsprachen/Bussenverfügungen Verhältnis Einspracherückzüge/Einsprachen</p> <p>Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung</p> <p><i>Messgrössen:</i> Verhältnis Verzeigungen / Erledigungen Verhältnis Einsprachen / Erledigungen</p>			

Verzeigungen und Einsprachen = Pendenzen Anfang Jahr + Zugänge

Produkt 1 Übertretungsstrafverfahren

Leistungen

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum, Benützung öffentlicher Verkehrsmittel usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens
- Rechtshilfe für andere Amtsstellen (meistens Einvernahmen von in Winterthur wohnhaften Personen)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verzeigungsfälle <ul style="list-style-type: none"> ▪ Pendenzen Anfang Jahr ▪ Neueingänge ▪ Bussenverfügungen ▪ Sonstige Erledigungen ▪ Pendenzen Ende Jahr Einsprachen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Pendenzen Anfang Jahr ▪ Neue Einsprachen ▪ Rückzüge ▪ geänderte Bussenverfügungen ▪ Aufhebungen ▪ Überweisung an Bezirksgericht ▪ Sonstige Erledigungen ▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr erledigte Rechtshilfegesuche			

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

2 Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Kastastrophenfällen

3 Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

4 Information/Schulung

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

5 Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Betrieb der regionalen Feuerwehralarmzentrale für das Gebiet Bezirk Winterthur, Weinland und Teile des Bezirks Pfäffikon; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkmärkten

6 Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG)

Kanton unter anderem: Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 4. Mai 1919

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 19. Dezember 1986; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 30. November 1984; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmegewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Ladenschluss-Verordnung vom 12. November 1973; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 13. März 2002; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in (Dez. 2002 92'875 Personen) Kostendeckungsgrad insgesamt</p> <p>2 Kundenorientierung 1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit) 2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung 3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> 1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit 2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr 3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung</p> <p><i>Messgrössen:</i> 1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) 2. Interventionszeit 3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden)</p>			

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Leistungen

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fließenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Gesamtstunden sichtbare Präsenz			
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz			
Anzahl Rotlichtkameras			
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte			
Kontrollstunden Überwachung des fließenden Verkehrs			
Anzahl bearbeitete Bewilligungen			

Produkt 2 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Verkehrsunfälle			
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse			
Anzahl Delikte mit Intervention der Stadtpolizei			
Anzahl übrige Intervention/Konfliktbewältigungen der Stadtpolizei			

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten			
Anzahl Berichte und Rapporte			
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung			
Anzahl Suchaktionen			

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Medieninformationen			
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen			
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)			

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl erledigte Rechtshilfegesuche			
Anzahl erfasste Fundgegenstände			
Anzahl Verkehrsanordnungen			
Anzahl durchgeführte Märkte			
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst			
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial			
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen			
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)			
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen			

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)			
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze			
Anzahl bearbeitete Bewilligungen			
Kontrollstunden Überwachung des ruhenden Verkehrs			

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

1 Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von drei Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

2 Parkgaragen

Betrieb von vier Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

3 Parkplätze (nicht öffentlicher Grund)

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

4 Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen "Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1. Nettoertrag Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund)</p> <p>2 Kundenorientierung 1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt 2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt 3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt 4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> 1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre 4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen</p> <p><i>Messgrößen:</i> 1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) 4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung</p>			

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzparkieren
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieten

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hohe Auslastung der Parkhäuser <ul style="list-style-type: none">▪ Dauermieter▪ Kurzzeitparkierer			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Dauermietplätze Anzahl Kurzzeitparkplätze			

Produkt 2 Parkgaragen

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieten

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hohe Auslastung der Parkgaragen <ul style="list-style-type: none">▪ Dauermieter			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Dauermietplätze			

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieten
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzparkieren

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hohe Auslastung der Parkplätze <ul style="list-style-type: none">▪ Dauermieter▪ Kurzzeitparkierer			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Dauermietplätze Anzahl Kurzzeitparkplätze			

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems, sofern das bestehende einfache Parkleitsystem durch eines ersetzt wird, das die freien Parkplätze in den angeschlossenen Häusern anzeigt.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Einfahrten in den angeschlossenen Parkhäusern			

Feuerwehr

Auftrag

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen, Tieren und zur allgemeinen Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen und Elementarereignissen verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Die Feuerwehr leistet auf dem Schadenplatz in erster Linie bedrohten Menschen und Tieren Hilfe. Sie verhindert eine weitere Ausdehnung des Schadens und beseitigt die Gefahren.

Zusätzlich leistet sie Hilfe bei Öl-, Chemie- und Strahlenereignissen. Sie kann ebenfalls zur Hilfe im Strassenrettungsdienst herangezogen werden.

Weitere übertragene Aufgaben:

- Einsätze auf Autobahnen, Autostrassen und Bahnanlagen
- Einsätze in Tunnels
- Einsätze bei ABC-Terrorereignissen
- Flugzeugabsturz
- Seuchen
- Hilfeleistungen für Partnerorganisationen

Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Aufgabenhauptkategorien:

- Brandbekämpfung
- Explosionen
- Blitzschlag ohne Brand
- Strasseneinsätze
- Elementarereignisse
- Ölwehr- und Chemieeinsätze
- Strahlenschutz-einsätze
- Pioniereinsätze
- Flugzeugabstürze
- Lifteinsätze
- Bienen und Wespen
- Falschalarme
- Fehlalarme Brandmeldeanlagen
- Organisation und Einsatzplanung
- Schieneneinsätze

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum und Umwelt
Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Testversion Stand 6.10.2004

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978, Nachgeführt bis Januar 2004

Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 14. Dezember 1994, Nachgeführt bis Januar 2004

Kantonale Vollzugsvorschriften über die Feuerwehr vom 16. Dezember 1994, Nachgeführt Februar 1995

Kantonale Verordnung über die Subvention der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991, Nachgeführt bis Januar 2004

Richtlinien und Vorschriften der Schweizerischen Regierungskonferenz für die Koordination im Feuerwehrwesen (Feuerwehr 2000plus und Ergänzungsbericht Richtlinien für die Organisation der Feuerwehren, Ausgabe Januar 2003)

Richtlinien und Vorschriften des Schweizerischen Feuerwehrverbandes

Richtlinien und Vorschriften der Kantonalen Feuerwehr (Feuerwehrkonzept 2000 und Kommandoakten)

Leistungsvereinbarung mit der Kantonalen Feuerwehr vom 6. Dezember 1999

Stufe Stadt (GGR / SR)

Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988

Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998

Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000

Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom ...

Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

▼ Beschlussteil ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit 1.1 Kostendeckungsgrad 1.2 Nettokosten pro EinwohnerIn</p> <p>2 Kennzahlen und Leistungsstandards 2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 EinwohnerInnen 2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 EinwohnerInnen Bestand Gesamtfeuerwehr 200 AdF (Angehörige der Feuerwehr)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundlage Messung / Bewertung Wirtschaftlichkeit und Kennzahlen: 2003 93'000 Einw. 2004 95'000 Einw. 2005 95'000 Einw. <p>2.3 Anzahl Einsätze pro Tag über Anzahl Mann/Frau im Schichtbestand <i>Messung / Bewertung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2003 653 Einsätze Schichtbestand 8 AdBF (Angehörige der Berufsfeuerwehr) Grundlage: Einsatzrapporte <p>2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung / Bewertung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeuges Tag und Nacht nach spätestens einer Minute <p><i>Messgrösse:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erfüllungsgrad grösser 97% Grundlage: Einsatzrapporte <p>2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen im Einsatz und Fahrzeuge vor Ort <i>Messung / Bewertung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2 bis 4 Fahrzeuge und 10 AdBF innerhalb 10 Minuten nach Alarmierung in dicht besiedeltem Gebiet am Schadenplatz, innerhalb 15 Minuten in dünn besiedeltem Gebiet und innerhalb 30 Minuten im Stützpunktgebiet vor Ort. Grundlage: Einsatzrapporte <p><i>Messgrösse:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt, 10'), Erfüllungsgrad >95% <p><i>Messgrösse:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Dünn besiedeltes Gebiet (Land, 15'), Erfüllungsgrad >90% <p><i>Messgrösse:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Im Stützpunktgebiet (30'), Erfüllungsgrad >85% 			

Produkt 1 Ergebnisbewältigung

Leistungen

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Leistungsnormen und -standards werden gemäss den Angaben im Beschlussteil eingehalten.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Leistungsnormen und -standards werden gemäss den Angaben im Beschlussteil eingehalten.			

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenergebnissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002
Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003
Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung
Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004
Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977
Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982
Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984
Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)
Regierungsärztliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003
Entwurf 2004 "Gesetz über den Zivilschutz ZSG"
Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1.03.2004
Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000
Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur
Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur
Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung
Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)
Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur
Leitidee
Strategische Erfolgspositionen (SEP)
Legislatur- und Jahreszielplanungen
Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In Kostendeckungsgrad insgesamt</p> <p>2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden</p> <p>3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 31 Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt- Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 32 Ueberprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 33 Ueberprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 31 Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden 32 Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel 33 Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen 34 Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur Anzahl eingeteilte aktive Zivilschutzpflichtige pro 1000 EinwohnerInnen</p>			

Produkt 1 Zivilschutzorganisation

Leistungen

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet. Jährlicher Sirenentest			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Schutzdienstpflichtige <ul style="list-style-type: none"> ▪ Offiziere ▪ Unteroffiziere ▪ Zivilschutzsoldaten Gesamte Anzahl Diensttage <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Gunsten Werterhaltung ▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen ▪ zu Gunsten der Gemeinschaft Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung Anzahl kontrollierte private Schutzplätze Anzahl neu erstellte Schutzplätze Anzahl Sirenen <ul style="list-style-type: none"> ▪ stationär ▪ mobil Anzahl Stabsübungen Anzahl Stabsrahmenübungen			

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)

Auftrag

Rasche und gefestigte Wiedereingliederung von Stellen suchenden Personen in den Arbeitsmarkt

Produkte

Beratungsdienste / Stellenvermittlung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz und Verordnung über die Leistungen der Arbeitslosenversicherung

Bundesgesetz und Verordnung über die Arbeitsvermittlung

Kantonales Gesetz über Leistungen an Arbeitslose

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten pro Beratung Kosten pro Vermittlung</p> <p>2 Kundenorientierung Die Stellensuchenden erhalten eine kompetente Beratung Die Aufträge der Arbeitgeber werden effizient und kompetent abgewickelt Die arbeitsmarktlichen Massnahmen werden zur Wiedereingliederung genutzt</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Stellensuchenden (Total der Werte 5-10, zufrieden bis sehr zufrieden) Zufriedenheit der Arbeitgeber bei Meldung offener Stelle (Total der Werte 5-10, zufrieden bis sehr zufrieden) (96)</p> <p><i>Messgrössen:</i> Anzahl Vollzeitstellen Stellensuchende pro Personalberater Anzahl Neuzugänge Anzahl Abmeldungen</p>			

Produkt 1 Beratungsdienste / Stellenvermittlung

Leistungen

- Direkte Stellenvermittlung
- Vermitteln von arbeitsmarktlichen Massnahmen
- Informationsstelle und Infrastrukturangebot
- Informationsveranstaltung
- Allgemeine Beratung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und weiteren Institutionen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Durchschnittliche Anzahl Bezugstage der abgemeldeten Taggeldbezüger Anteil Zugänge zur Langzeitarbeitslosigkeit Anteil Aussteuerungen Anteil Wiederanmeldungen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Stellensuchende in direkter Beratung Horizont-Besuchende			

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

Gesundheitsschutz der Bevölkerung und Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Umwelt.
Im Rahmen der Arbeitssicherheit-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Sicherstellen einer einwandfreien hygienischen Lebensmittelversorgung, Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lüfthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Ortshygiene. Koordination und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation "Umwelt und Energie". Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft und Politik über die Bereiche Umwelt, Energie und Nachhaltige Entwicklung

3 Campingplatz

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)
Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)
Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz (ArGV I bis IV)
Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])
Tierseuchenverordnung
Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)
Energiegesetz (EnG) des Bundes / Energieverordnung (EnV) des Bundes
Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten (Energieverordnung) des Kantons
Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, StfV) des Bundes / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung / Massnahmenplan Feuerungen für die Stadt Winterthur / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)
Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987
Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffen der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)
Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)
Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung
Strategiepapier 2004 - 2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in (August 2004: 95'000) Kostendeckungsgrad insgesamt * ohne Defizitbeitrag an Kantonsspital</p> <p>2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufriedenstellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung erfolgreicher Einsprachen Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i> Anzahl erfolgreicher Einsprachen Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen Kundenzufriedenheit Campingplatz</p> <p>3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumenten vor verdorbenen Lebensmitteln und ungenügender Hygiene. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Kompetenter Vollzug Luftreinhaltung (VOCV und LRV) Kompetente und termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kunden sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit und den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptiert die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Kontrollergebnisse der erfolgten Nachkontrollen sowie der Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen. <i>Messgrössen:</i> Termingerechte Durchführung UVP Anzahl erfolgreiche Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Beanstandungen, Verfügungen oder Verzeigungen.</p> <p>4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt. Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltzustandsbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt <i>Messgrössen:</i> Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen Kundenzufriedenheit Campingplatz Anzahl bestellte Publikationen und Downloads Anzahl Besucher auf Internetseite Anzahl Kampagnen / Aktionen Umweltzustandsbericht (alle 4 Jahre) Label Energiestadt - Gesamt-Punkte - Punkte "Interne Organisation" - Punkte "Kommunikation, Kooperation"</p>	0	0	0
	-	-	1

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle

Leistungen

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung und Verordnung über die Lenkungsabge auf flüchtigen organischen Verbindungen
- Vollzug Arbeitnehmerschutz
- Durchführung des UVP-Verfahrens
- Kadaverentsorgung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) Termin- und fachgerechte Durchführung von UVP-Verfahren Tägliche Öffnung des Abdeckereilokals für Direktanlieferer			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Lebensmittelkontrollen Probenahmen für bakteriologische Untersuchungen Pilzkontrollen Wägungen von PM10-Filtern Planbegutachtungen Arbeitssicherheitskontrollen Termingerecht Erledigung UVP-Verfahren Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen Kadaverentsorgung (t)			

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kundenzufriedenheit Umwelt-Dienstleistungen Anzahl Besucher auf Internetseite Anzahl bestellte Publikationen und Downloads Audit Label Energiestadt - Gesamt-Punkte - Punkte Teilbereich "Interne Organisation" - Punkte Teilbereich "Kommunikation, Kooperation"			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate Anzahl schriftlicher Stellungnahmen und Beratungsgespräche Anzahl Kampagnen / Aktionen Umweltzustandsbericht (alle 4 Jahre)	-	-	1

Produkt 3 Campingplatz

Leistungen

- Betrieb Campingplatz am Schützenweiher

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kundenzufriedenheit Campingplatz			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Übernachtungen auf Campingplatz			

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Auftrag

Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) führt arbeitsmarktliche Massnahmen zur Förderung der Vermittelbarkeit Stellen suchender Menschen in den Arbeitsmarkt durch.

Produkte

1 KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Stellen suchender Menschen, die Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung (ALV) haben, gemäss Richtlinien des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) und der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIV) durch Arbeit, Bildung und Beratung mit dem Ziel der beruflichen Qualifizierung und Förderung der Vermittelbarkeit. Unterstützung der zuweisenden Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei ihren Bemühungen der Integration Stellen Suchender in den Arbeitsmarkt.

Das Produkt 1 wird gesamthaft vom Bund (ALV) finanziert.

2 KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Sozialhilfe beziehender Menschen gemäss Richtlinien des kantonalen Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG) und städtischen Vorgaben durch Arbeit, Bildung und Beratung mit dem Ziel der beruflichen Qualifizierung und Förderung der Vermittelbarkeit. Unterstützung der zuweisenden Fürsorgebehörden und Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei ihren Bemühungen der Integration Stellen Suchender in den Arbeitsmarkt.

Das Produkt 2 wird zu einem Drittel vom Kanton und von den zuweisenden Sozialstellen finanziert.

3 KAP-Jugendprojekte

Förderung, Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher gemäss Richtlinien AVIG und AVIV mittels Brückenangeboten (Arbeit, Schulung und Beratung) zwischen obligatorischer Schulpflicht und weiterführenden beruflichen und schulischen Angeboten.

Das Produkt 3 wird bis auf eine geringe Kostenbeteiligung der Stadt vom Bund finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzschiädigung
Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen
Kantonales Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)
Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)
Zuspracheverfügungen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989

Beschlüsse der stadträtlichen Arbeitsmarktkommission

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Arbeitsamt und Leitbild Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende ▪ KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende ▪ KAP-Jugendprojekte <p>Durch die Eingliederung ALV-bezugsberechtigter und Sozialhilfebeziehender Menschen in den Arbeitsmarkt stehen dem Aufwand für die Bereitstellung von Arbeitsprojekten massive Minderausgaben der Sozialen Dienste gegenüber, da die Kosten für die Ausrichtung von Wirtschaftshilfe entsprechend niedriger ausfallen.</p> <p>2 Zielgruppenorientierung Die KAP stellt im Auftrag der übergeordneten Behörden auf verschiedene Zielgruppen zugeschnittene Angebote in der erforderlichen Zahl bereit.</p> <p>KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende (Produkt 1) Anzahl und Art der voll subventionierten Angebote werden vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser ▪ Plätze im Rahmen von Praktika in der Wirtschaft ▪ Plätze in Strategiekursen <p>KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende (Produkt 2) Anzahl und Art der Angebote werden von der städtischen Arbeitsmarktkommission und vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Plätze in Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung Erwerbsloser ▪ Präventive Plätze in Kurzeinsätzen für Zuweisungen der zentralen Anlaufstelle (ZAS) der Sozialbehörde ▪ Plätze in Strategiekursen <p>KAP-Jugendprojekte (Produkt 3) Anzahl und Art der Angebote werden vom AWA festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Plätze in Motivationssemestern für Schulabgänger/innen <p>3 Auslastung Bei den bewilligten Subventionen handelt es sich um Kostendächer, das heisst es werden lediglich die effektiven Aufwendungen erstattet. Notwendige Auslastung zur Erreichung der angestrebten Wirtschaftlichkeit</p>			

Produkt 1 Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden erwachsenen, Stellen suchenden Menschen Arbeitsplätze angeboten.
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet und gefördert.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie im fachlichen Bereich ergänzt. Wo nötig wird der Schulungsteil mit Deutschkursen ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Stellensuche unterstützt.
- Es erfolgt eine Standortbestimmung, und die Bewerbungsunterlagen werden überarbeitet.
- Die zuweisenden RAV erhalten eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die Abwicklung aller administrativen (z.B. arbeitsrechtlichen) Belange ist gewährleistet.
- Das Produkt 1 wird gesamthaft vom Bund (ALV) finanziert.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die zuweisenden RAV erhalten qualifizierte Rückmeldungen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Beginn des Einsatzes ▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes ▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen 			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Papiermanufaktur und Vereins-Service ▪ Velostation ▪ Elektrorecycling ▪ Kompetenzzentrum Holz ▪ Kompetenzzentrum Metall ▪ Einzeleinsatzplätze in der Verwaltung und in Nonprofit-Organisationen Praktika in der Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wirtschaftsförderungspraktikum Start Job ▪ Berufspraktikum learn + earn für Lehrabgänger/innen ▪ Ausbildungspraktikum A-Plus Kursangebot <ul style="list-style-type: none"> ▪ Strategiekurs Kaleidoskop Gesamtangebot der KAP-Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende			

Produkt 2 Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden erwachsenen, Stellen suchenden Menschen Arbeitsplätze angeboten.
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie im fachlichen Bereich ergänzt. Wo nötig wird der Schulungsteil mit Deutschkursen ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Stellensuche unterstützt.
- Es erfolgt eine Standortbestimmung, und die Bewerbungsunterlagen werden überarbeitet.
- Die zuweisende Fürsorgebehörde erhält eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die Abwicklung aller administrativen (z.B. arbeitsrechtlichen) Belange ist gewährleistet.
- Für Menschen, welche sich neu bei der zentralen Anlaufstelle (ZAS) des Sozialamtes zum Bezug von Fürsorgegeldern anmelden, werden kurzfristige Arbeitsmöglichkeiten mit existenzsichernder Entlohnung angeboten.
- Das Produkt 2 wird zu einem Drittel vom Kanton und von den zuweisenden Sozialstellen finanziert.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die zuweisende Fürsorgebehörde erhält qualifizierte Rückmeldungen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Beginn des Einsatzes ▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes ▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen 			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Papiermanufaktur und Vereins-Service ▪ Velostation ▪ Elektrorecycling ▪ Fabrikhalle Töss ▪ Kompetenzzentrum Holz ▪ Kompetenzzentrum Metall ▪ Einzeleinsatzplätze in der Verwaltung und in Nonprofit-Organisationen Präventive Plätze für Kurzeinsätze <ul style="list-style-type: none"> ▪ ZAS-KAP-Projekt Kursangebot <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abklärungskurs Kaleidoskop Gesamtangebot KAP-Arbeitsprojekte für Wirtschaftshilfe-Beziehende			

Produkt 3 KAP-Jugendprojekte

Leistungen

- In selbst geführten Betrieben oder an externen Einsatzorten werden jungen Schulabgänger/innen ohne berufliche Perspektiven Arbeitsplätze angeboten.
- Die Teilnehmenden werden bei der Arbeit angeleitet.
- Der Arbeitsteil wird mit Schulung im Bereich der Schlüsselqualifikationen sowie in den Fächern Deutsch und Mathematik ergänzt.
- Die Teilnehmenden werden während des Einsatzes betreut und beraten und bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz unterstützt.
- Es werden Schnupperlehren organisiert.
- Die zuweisenden RAV erhalten eine Rückmeldung über den Verlauf des Einsatzes mit einer Empfehlung für weitere Schritte.
- Die Abwicklung aller administrativen (z.B. arbeitsrechtlichen) Belange ist gewährleistet.
- Im Gastroprojekt transit Plus können die Jugendlichen ein erstes Anlehrjahr im KAP-eigenen Gastrobetrieb absolvieren. Für das zweite Lehrjahr wird ein Ausbildungsplatz in einem externen Gastrobetrieb gesucht.
- Das Produkt 3 wird bis auf eine geringe Kostenbeteiligung der Stadt vom Bund finanziert.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die zuweisenden RAV erhalten qualifizierte Rückmeldungen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Beginn des Einsatzes ▪ nach der ersten Hälfte des Einsatzes ▪ am Ende des Einsatzes mit einer Empfehlung für das weitere Vorgehen 			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Motivationssemester transit <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kompetenzzentrum Holz ▪ Kompetenzzentrum Metall ▪ Textilwerkstatt ▪ Integrationsprojekt ▪ Praktika in externen Betrieben Anlehrprojekt <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anlehre im Gastrobereich transit Plus Niederschwelliges Motivationssemester <ul style="list-style-type: none"> ▪ Intermezzo Gesamtangebot KAP-Jugendprojekte			

Bildung

Auftrag

Nach Abstimmung des neuen Volksschulgesetzes und Einführung der geleiteten Schulen werden die Produktgruppen im Bereich Volksschule gebildet. Weitere Informationen folgen zu einem späteren Zeitpunkt.

Schuldienste

Auftrag

Die Produktegruppe Schuldienste ist zuständig für verschiedene unterstützende Dienstleistungen und Aufgaben während der Vorschulzeit und der obligatorischen Schulzeit. Diese Leistungen umfassen die Beratungen und die Untersuchungen des Schulpsychologischen Dienstes, die Gesundheitsförderung und Präventionsaufgaben des Schulzahnärztlichen Dienstes und des Schulärztlichen Dienstes sowie die umfassende Sonderschulung von Lernenden mit einer Behinderung.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben und ist Bestandteil eines ausgewogenen Angebotes der Volksschule.

Produkte

1 Schulpsychologischer Dienst

Der "Schulpsychologische Dienst" erbringt die gesetzlich definierten Leistungen in Form der Teilprodukte

- Untersuchungen
- Beratungen

zentral wie auch dezentral durch Teams, die den Schulkreisen zugeordnet sind.

2 Schulgesundheit

Das Produkt "Schulgesundheit" ist zuständig für Untersuchungen, Beratungen, Gesundheitsförderung und Prävention der in Winterthur wohnhaften Kinder im Kindergarten- und Volksschulalter (inkl. Gymnasium, Privatschulen, auswärtige Sonderschüler) und umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst
- Schulärztlicher Dienst

3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Das Produkt "Sonderschulung" umfasst die Schulung, Betreuung und Therapie von Lernenden mit einer Behinderung und besteht aus den Teilprodukten

- Michaelschule (HPS) für Lernende mit geistiger Behinderung
- Mauererschule (CPS) für Lernenden mit Körper- und Sinnesbehinderung
- Kleingruppenschule (KGS) für Lernende mit Verhaltensauffälligkeiten
- Sonderschulintegration von SonderschülerInnen der HPS oder CPS

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG)
- Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Juni 1961 i.d. Fassung vom 10. Februar 2004
- Div. Kreisschreiben der IV

Stufe Kanton:

- Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962
- Volksschulgesetz vom 11. Juni 1899 i. d. Fassung von Juni 1998
- Verordnung über die Schul- und Volkszahnpflege v. 15. November 1965
- Verordnung über die Volksschule und die Vorschulstufe vom 31. März 1900 i.d. Fassung vom 01. Oktober 2000 (Volksschulverordnung)
- Rahmenordnung für den Schulärztlichen Dienst im Kanton Zürich
- Reglement über die Sonderschulklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement) vom 03. Mai 1984
- Richtlinien zum Reglement über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Richtlinien zum Sonderklassenreglement) vom 27. Dezember 1985

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994
- Reglement über die Leitung und Aufsicht der Schulzahnpflege vom 28. Januar 1994
- Vertrag über die Schulzahnpflege (Stadt Winterthur-Vereinigung Winterthurer Zahnärzte) vom Oktober 1990
- Reglement über den Städtischen Schulpsychologischen Dienst vom 30. April 1982
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der Sonderschulen (Heilpädagogische Schulen) vom 09. Januar 2002
- Schulordnung der städtischen Sonderschule für cerebral gelähmte Kinder vom 30. April 1982

- Schulordnung der städtischen Heilpädagogischen Sonderschule (Michaelschule) vom 30. April 1982

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien über die Aufklärung und Prophylaxe in der Schulzahnpflege vom 22. Mai 2001
- Verträge mit Schulärzten/Schulärztinnen

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2003	Soll 2004	Soll 2005
<p>1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulpsychologischer Dienst - Ø Wartezeit in Wochen bis Erstuntersuchung/ Beratung</p> <p>2 Kundenorientierung Teilprodukt Schulzahnärztlicher Dienst - Prophylaxewirkung: Kariesfreie Kinder im Alter von 15/16 Jahren in %</p> <p>3 Angebot Produkt Sonderschulung: Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: - für die Michaelschule (HPS): - für die Maurerschule (CPS): - für die Kleingruppenschule (KGS): - Sonderschulintegration von HPS & CPS</p>			

Prophylaxewirkung: Hochgerechnete Ergebnisse der Schulzahnklinik

Produkt 1 Schulpsychologischer Dienst

Leistungen

Der Schulpsychologische Dienst leistet die Untersuchungs- und Beratungsarbeit im Schulbereich, die notwendig ist, um Schwierigkeiten, Störungen und Probleme zu beseitigen und das Lernklima und die Zusammenarbeit zu fördern. Zielgruppen sind die Schulkinder einzeln, in Gruppen oder im Klassenverband sowie deren Lehrkräfte und Eltern.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Durchschnittliche Kosten pro Fall - Durchschnittliche Kosten pro Kurzberatung			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Kurzberatungen - Verhältnis Fallzahlen pro Stelleneinheit - Verhältnis SchülerInnenzahl pro Stelleneinheit			

Anzahl Fälle: Umfasst alle kurzen u. langen Untersuchungen sowie lange Beratungen mit Zeitaufwand von mind. 1.5 Stunden/Fall; dies ist ein kantonale einheitlicher Indikator

Teilprodukt Beratungen: Anzahl Kurzberatungen umfasst alle Arten der Beratung (telefonisch/persönlich) mit bis zu 1.5 Stunden Zeitaufwand

Produkt 2 Schulgesundheit

Leistungen

Das Produkt "Schulgesundheit" umfasst die Teilprodukte

Schulzahnärztlicher Dienst

- Untersuchungen: kostenlose, jährliche, obligatorische Untersuchung
- Kariesprävention und Gesundheitsförderung in der Schule (Prophylaxe-Unterricht)
- Konservierende und kieferorthopädische Behandlungen mit Einwilligung der Eltern
- Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen

Schulärztlicher Dienst

- Untersuchungen im 1. Kindergartenjahr sowie 1. und 8. Klasse (gem. Volksschulverordnung)
- Untersuchung in der 4. Klasse gem. Verordnung der Stadt Winterthur
- Schulärztliche Beratungen ("Prophylaxe") zur Unterstützung von Schulen und Eltern
- Gesundheitsschutz in den Schulen (Fachstelle für Gesundheitsfragen): Impfangebot, Epidemien verhindern/bekämpfen
- Gesundheitsförderung in der Schule (z. B. Grundlagenvermittlung im Unterricht)
- Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
ab 2007 - Kosten jährliche Schuluntersuchung schulärztlicher Dienst - Kosten jährliche Schuluntersuchung schulzahnärztlicher Dienst - Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl zu betreuende Schüler und Kindergartenkinder: Teilprodukt Schulzahnärztlicher Dienst: - Anzahl obligatorische Untersuchungen - Anzahl Kinder mit konservierender Behandlungsnotwendigkeit Teilprodukt Schulärztlicher Dienst: - Anzahl obligatorische Untersuchungen - Anzahl Kinder mit pathologischen Befunden - Anzahl fehlende Impfungen gem. Impfplan			

Teilprodukt Schulzahnärztl. Dienst

- Anzahl Untersuchungen

Gesetzl. Untersuchung erfolgt jährl. Untersuchung je Schüler.

Anzahl der erfolgten Untersuchungen in der Schulzahnklinik und bei dem nebenamtlichen Zahnärzten, 1 Untersuchung = 1 Kind

- Anzahl Kinder mit konservierender Behandlungsnotwendigkeit

Basiert auf Hochrechnung

Produkt 3 Sonderschulung

Leistungen

Sonderschulung in städtisch geführten Sonderschulen gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, Art. 19) sowie des Kantonalen Reglements über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement, §§ 29-45):

- Michaelsschule (HPS) für Geistigbehinderte und Mehrfachbehinderte (§§41, 45 Sonderklassenreglement)
- Maurerschule (CPS) für Körperbehinderte, Sinnesgeschädigte und Mehrfachbehinderte (§§ 42, 45 Sonderklassenreglement),
- Schule in Kleingruppen (KGS) für Verhaltensauffällige (§ 44 Sonderklassenreglement)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Platzangebot & Auslastung in % der sonderpädagogischen Schulangebote per 1. November Teilprodukt HPS: - Sonderschulung & Therapie in heilpädagogischen Klassen - heilpädagogische Tagesstruktur - Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur in Förderkl. der HPS Teilprodukt CPS: - Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur - Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur, Abt. Mehrfachb. Teilprodukt KGS - Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur Teilprodukt Sonderschulintegration - Sonderschulintegration HPS - Sonderschulintegration CPS Anzahl SchülerInnen mit Transport - Teilprodukt HPS - Teilprodukt CPS Kosten pro Schulplatz bei Sonderschulung und Therapie (ab 2007) - Teilprodukt Michaelsschule (HPS) - Teilprodukt Maurerschule (CPS) - Teilprodukt Kleingruppenschule (KGS) - Teilprodukt Sonderschulintegration			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Familienergänzende Kinderbetreuung

Auftrag

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst verschiedene familien- und schulergänzende Betreuungsdienstleistungen während der Vorschulzeit und der obligatorischen Schulzeit. Diese Leistungen beinhalten die Sicherstellung umfassender Betreuung der Vorschulkinder in den subventionierten Kinderkrippen, sowie der Kindergarten- und Schulkinder in städtischen und subventionierten Kinderhorten und in subventionierten Kindertagesstätten. Die subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen sind privat geführte Einrichtungen, mit welchen das DSS Leistungsaufträge mit Definitionen der Leistungen und der Subventionen abschliesst.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben.

Produkte

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die beiden Produkte:

1 Städtische Kinderhorte

- Organisieren und Führen der städtischen Kinderhorte und Sicherstellung der Qualität der Angebote

2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

- Leistungsaufträge mit subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen (subventionierte Kinderhorte, Kinderkrippen und Kindertagesstätten) und Bewirtschaften der Subventionen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 28. April 1998 1
- Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998 2
- Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998 3
- Reglement für die Horte der Stadt Winterthur vom 29. Oktober 1998 4

1) Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 28. April 1998 legt den Geltungsbereich, die Grundsätze, die Rahmenbedingungen und das Subventionierungsmodell fest. Im Subventionierungsmodell ist die Summe des Mindestelternbeitrages beziffert und der Betrag festgelegt, ab welchem massgebenden Einkommen die Eltern die kostendeckende Tagestaxe bezahlen müssen.

2) Das Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998 regelt die Berechnungsgrundlagen und die Betreuungsvereinbarung. Im Anhang vom 24. März 2004 wird das massgebliche Einkommen für den Elternbeitrag wie folgt gestaffelt in Fr.: 0 - 30'000, 30'001 - 40'000, 40'001 - 50'000, fortlfd. in 10'000'er Staffeln bis 130'001 - 140'000, über 140'001

3) Das Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998 regelt den Leistungsauftrag, die Organisation des Betriebes sowie Personalfragen.

4) Das Reglement für die Horte der Stadt Winterthur vom 29. Oktober 1998 legt u. a. den Geltungsbereich, die Organisationsformen, die Betriebsorganisation und die Aufsicht fest.

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Städtische Kinderhorte - Kosten pro Morgentisch - Kosten pro Mittagstisch - Kosten pro Mittag-Nachmittagshort - Kosten pro Nachmittagshort - Kosten pro Ferienhort</p> <p>2 Angebot Produkt Städtische Kinderhorte - Anzahl Plätze in städtischen Kinderhorten (Stichtag 31. Dezember) Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen - Anzahl subventionierte Plätze in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen (Stichtag 31. Dezember)</p>			

Produkt 1 Städtische Kinderhorte

Leistungen

- Organisieren und Führen der städtischen Kinderhorte und Sicherstellung der Qualität der Angebote:
 - Morgentische
 - Mittagstische
 - Mittag-Nachmittagshorte
 - Nachmittagshorte
 - Ferienhorte

Zu den städtischen Kinderhorten und Mittagstischen (MT) zählen (Stand 15. August):

Obertor, Neuwiesen, Inneres Lind, Tössfeld, MT Geiselweid, Schachen, MT Schachen, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wieshof, Wartstrasse, Langwiesen, MT Langwiesen, Laubegg, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Hort am Gleis, Gutschick, Schönengrund, Tiefenbrunnen, Mattenbach, MT Mattenbach, Schooren, Guggenbühl, Oberi Dorf, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägelmoos 1, Tägelmoos 2, Steinacker und MT Steinacker.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Total Elternbeiträge - Vollkosten pro Betreuungstag 1) - Kunden-/ Elternzufriedenheit (nächste Umfrage im Jahr 200x) 2) - Rücklaufquote der Fragebögen in %			

1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

2) Alle 3-4 Jahre wird eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit (Elternbefragung) durchgeführt. Diese dient der Evaluierung des Zufriedenheitsstatus und der Abfrage des Verbesserungsbedarfs.

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Plätze (Stichtag 31.Dezember) - Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31.Dezember) 1			

1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

Produkt 2 Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen

Leistungen

- Leistungsaufträge mit Trägerschaften von subventionierten Kinderhorten, Kinderkrippen und Kindertagesstätten sowie die Bewirtschaftung der Subventionen

Zu den subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen gehören (Stand 15. August):

- Mittagstisch Brühlberg
- Kindertagesstätte Wasserwiesen
- Kinderkrippen Fantasia, Zauberschiff, Schnäggehus, Arche, Heckenrose, Lotus, Am Teich, Windrädli, Montessori, Rana sowie der Kindertreff Sagi Hegi

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Subventionierte Kinderhorte - Elternbeiträge pro Jahr - Kostendeckungsgrad in % - Vollkosten pro Betreuungstag 1) - Kunden-/ Elternzufriedenheit (nächste Umfrage im Jahr 200x) 2) - Rücklaufquote der Fragebögen in % Subventionierte Kinderkrippen - Elternbeiträge pro Jahr - Kostendeckungsgrad in % - Vollkosten pro Betreuungstag 1) - Kunden-/ Elternzufriedenheit (nächste Umfrage im Jahr 200x) 2) - Rücklaufquote der Fragebogen in % Subventionierte Kindertagesstätten - Elternbeiträge pro Jahr - Kostendeckungsgrad in % - Vollkosten pro Betreuungstag 1) - Kunden-/ Elternzufriedenheit (nächste Umfrage im Jahr 200x) 2) - Rücklaufquote der Fragebögen in %			

1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

2) Alle 3-4 Jahre wird eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit (Elternbefragung) durchgeführt. Diese dient der Evaluierung des Zufriedenheitsstatus und der Abfrage des Verbesserungsbedarfs.

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Subventionierte Kinderhorte - Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember) - Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31. Dezember) Subventionierte Kinderkrippen - Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember) - Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31. Dezember) 1) Subventionierte Kindertagesstätten - Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember) - Anzahl Betreuungsverträge (Stand 31. Dezember) 1)			

1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das 10. Schuljahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als PolymechanikerIn
- Anlagen-und ApparatebauerIn
- AutomatikerIn
- ElektronikerIn
- InformatikerIn

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet ein 10. Schuljahr handwerklicher- und gestalterischer Richtung an.

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein 10. Schuljahr berufswahlorientierter Richtung an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet ein 10. Schuljahr hauswirtschaftlicher Richtung an, führt Integrationsjahreskurse durch und bietet für Erwachsene Elternbildungs- und hauswirtschaftliche Kurse an.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 30. Mai 2001; Beitragsberechtigung
- Schulordnung (in Arbeit)
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Volksschulgesetz
- Schulleistungsgesetz

HFS:

- Bundesverordnung über die hauswirtschaftliche Ausbildung vom 27. November 1989
- Kantonales Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 28. September 1986
- Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 21. Januar 1998

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmungen
- Vollksabstimmung über die Führung der BWS 1973
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002
- Personalstatut vom 12. April 1999
- Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung vom 14. Dezember 1984
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz
- Weitere GGRB und Erlasse des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz vom 1. Juli 2004

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt msw-winterthur - Kostendeckungsgrad in % Produkt Werkjahr - Kostendeckungsgrad in % Produkt Berufswahlschule - Kostendeckungsgrad in % Produkt Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule - Kostendeckungsgrad in % 2 Angebot Produkt msw-Winterthur - Anteil WinterthurerInnen an Lernenden			

Kostendeckungsgrad:

(Ertrag aus prod. Aufträgen+ Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand

Produkt 1 msw-winterthur

Leistungen

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - PolymechanikerInnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und ApparatebauerInnen in der Praxis
 - AutomaterInnen in Theorie und Praxis
 - AutomaterInnen in Theorie und Praxis
 - ElektronikerInnen in Theorie und Praxis
 - InformatikerInnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Abschlusserfolgsquote in % - Anschlussersolgsquote bei Austritt in % - Lehrabbruchquote in % - Ø Anzahl Lernende /Klasse - Vollkosten pro Ausbildungsplatz in Fr. - Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in Fr. - Ertrag aus produktiven Aufträgen in Fr.			

Lehrabbruchquote wird ermittelt aufgrund telefonischer Befragung nach der Lehrzeit, der Zeitpunkt wird noch definiert.
 Ertrag produktive Aufträge = Verkaufserlös abzügl. Materialaufwand

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Plätze			

Produkt 2 Werkjahr

Leistungen

- Führen von Werkjahrklassen als 10. Schuljahr
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Ø Anzahl SchülerInnen pro Klasse - Schulabbruchquote in % - Lehrabbruchquote nach 10. Schuljahr in % - Anslusserfolgsquote in % - Vollkosten pro Ausbildungsplatz in Fr. - Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in Fr.			

Schulgeld für WinterthurerInnen in Fr.

Schulgeld für auswärtige Lernende in Fr.

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Plätze - Anzahl SchülerInnen - davon WinterthurerInnen			

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufswahlklassen als 10. Schuljahr
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl SchülerInnen pro Klasse - Schulabbruchquote in % - Lehrabbruchquote nach 10. Schuljahr in % - Anschlussersfolgsquote in % - Vollkosten pro Ausbildungsplatz in Fr. - Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in Fr.			

Schulgeld für WinterthurerInnen in Fr.

Schulgeld für auswärtige Lernende in Fr.

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Plätze - Anzahl SchülerInnen - davon WinterthurerInnen			

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Hauswirtschaftlichen Jahreskursen als 10. Schuljahr
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung
- Durchführung von Vorintegrations- und Integrations- Jahreskursen
- Durchführung von Erwachsenenbildungskursen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Ø Anzahl SchülerInnen pro Klasse - Schulabbruchquote in % - Anschlussersfolgsquote in % - Lehrabbruchquote nach 10. Schuljahr in % - Vollkosten pro Ausbildungsplatz in Fr. - Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in Fr.			

Schulabbruchquote - umfasst auch die Abbrüche aufgrund von Anschlusslösung

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Anzahl Plätze / SchülerInnen (Durchschnitt 2002-2004) - Anzahl WinterthurerInnen an Lernenden			

Sportamt

Auftrag

Das Sportamt schafft möglichst gute Voraussetzungen für die Ausübung des Sportes. Dies umfasst Unterhalt und Betrieb der Sportinfrastruktur; bei Sanierungen und Neubauten werden zudem die Bauherrenaufgaben wahrgenommen. Weiterhin ist das Sportamt für die Information der Bevölkerung über das Sportangebot und die Sportförderung im Speziellen zuständig.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung an 4 Freibädern inkl. Saunen

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk.

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese.

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung und Unterhalt von Sportinfrastruktur.

7 Dienstleistungen / Information

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Hochschulsport der ZHW, Sportförderungsprojekte, Information

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- EKAS Richtlinien
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Sportkonzept der Stadt Winterthur 1984
- WOV-Rahmenbedingungen und Globalbudget

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Dienstleistungsvereinbarung mit der Zürcher Hochschule Winterthur
- Raumbedeutsames Leitbild 1997

▼ Beschlussteil ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Ausgaben und Kostenüberschuss Ausgaben für Sport pro EinwohnerIn (94'905 Stand per 31.07.04) in Fr. Kostenüberschuss pro Eintritt im Hallen- und Freibad Geiselweid in Fr. Kostenüberschuss pro Eintritt auf der Kunsteisbahn (ohne Vereine) in Fr. Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Gym, ZHW-Sport) in %</p> <p>2 Zielgruppenorientierung Das Sportamt entwickelt eine zielgruppenorientierte Sportförderung und Subventionspolitik und setzt diese schrittweise um. Das überarbeitete Leitbild als Grundlage wird 2005 dem Parlament vorgelegt. <i>Messung / Bewertung</i> Die schrittweise Umsetzung beinhaltet auch die schrittweise Einführung einer Leistungserfassung und Kontrolle</p> <p>3 Kundenorientierung und Imagepflege Die Bevölkerung ist mit den Dienstleistungen des Sportamtes zufrieden. Das Sportamt Winterthur gehört mit seinen Leistungen im nationalen Vergleich zu den führenden Ämtern. <i>Messung / Bewertung</i> Kundenumfrage, mit welcher u.a. die Zufriedenheit mit Anlagen und Dienstleistungen sowie Bedürfnisse und Wünsche (auch nach Zielgruppen) gemessen wird. - Bevölkerungsbefragung alle 4 Jahre (letztmals 2003) - Rücklaufquote der Fragebogen in % <i>Messung / Bewertung</i> Aktive Mitarbeit in den gesamtschweizerischen Arbeitsgruppen</p> <p>4 Leistungsziele</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Effizienter, wirtschaftlicher und umweltgerechter Betrieb und Unterhalt der städtischen Sportanlagen ▪ Attraktive, den kundenbedürfnissen entsprechende Betriebszeiten ▪ Werterhaltender Unterhalt der Bausubstanz Sicherstellen von Sicherheit und Hygiene Moderne, den Anlagen genügende Gerätschaften ▪ Professionelles, motiviertes und gut ausgebildetes Betriebspersonal 			

Basis Ist 2004: 94'905 Einwohner/ Soll 2005 xxxxxx Einwohner

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid - Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid - Stunden pro Jahr - Tage pro Jahr Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (5-J.-Durchschnitt 2000-2004: 347'158 Eintritte) Anzahl Eintritte Hallenbad Geiselweid (5-J.-Durchschnitt 2000-2004: 279'775 Eintritte) Anzahl BesucherInnen Hallenbad Geiselweid pro Tag Anzahl Eintritte Freibad Geiselweid (5-J.-Durchschnitt 2000-2004: 46'122 Eintritte) Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (5-J.-Durchschnitt 2000 - 2004: 21'261 Eintritte)			

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung
- Werterhalt der Bausubstanz

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt - Nettokosten pro Eintritt in Fr. - Betriebsbeitrag pro Eintritt in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Erhaltung des Angebotes - Anzahl Freibäder Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder - Anzahl Eintritte Quartierbäder inkl. Saunen (5-J.-Durchschnitt 2000-2004 xxxxxx Eintritte)			

Produkt 3 Eishalle Deutweg / Eishalle Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg / Kunsteisbahn Zelgli - Kostenüberschuss pro Eintritt in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Angebot: Erhaltung des Angebotes Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg / Kunsteisbahn Zelgli - Stunden pro Jahr - Tage pro Jahr Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg / Kunsteisbahn Zelgli - Anzahl Eintritte Kunsteisbahn Zelgli (5-J.-Durchschnitt 2000-2004: 70'342 Eintritte)			

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg - Kostenüberschuss pro Öffnungstag in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Angebot: Erhaltung des Angebotes - Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen - Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-21.30 Uhr) Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg - Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg - Anzahl Dauerbelegungen			

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen bzw. Beteiligung am Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen - Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (2004: xxx, davon x Damenteams und xx Jugendteams) in Fr.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Angebot: Erhaltung des Angebots - Anzahl Fussballanlagen - Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder) - Rasenfläche aller Fussballplätze in m2 (ohne Fussballstadion) - Fussballstadion Nutzung: Optimale Auslastung der Fussballanlagen - Anzahl belegte Stunden pro Jahr (ohne Fussballstadion)			

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Förderung von Trendsportangeboten			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Erhaltung des Angebots			

Produkt 7 Dienstleistungen / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit. Ertrag budgetiert in der Abteilung Schulbauten mit xx Fr.
- Freiwilliger Schulsport in den Schulhäusern
- Hochschulsport der ZHW gem. Leistungsauftrag
- Sportförderungsprojekte (Senioren-sport, Tössstaffette u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe - Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr (davon an Auswärtige) - davon Jahrespässe gesamt - davon Jahrespässe an Auswärtige			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern - Beitrag an Jugendsportförderung in Fr. - Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur - Anzahl Ausgaben der Zeitung "Winterthur - Sport in Bewegung" - Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass - Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)* Übrige Daten - Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen) - Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in % - Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %			

* bestfrequentierte Homepage der Stadt Winterthur (hits)

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

1 Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

2 Evaluation, Beschaffung und Verkauf von Hilfs- und Verbrauchsmaterial (Lager)

Sicherstellung der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und den Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Lagermaterialien.

3 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

4 Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Verordnung über die Verabreichung, Behandlung und Kontrolle der individuellen Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien an der Volksschule, Ausgabe 1962
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kostendeckungsgrad Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 1 und 2 ist im Durchschnitt Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 3 und 4 ist im Durchschnitt</p> <p>2 Konkurrenzfähigkeit Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fach- oder Detailhandel, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %</p> <p>3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 3 Jahre (nächste Umfrage in 200X) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktequalität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p> <p>4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird erhöht. <i>Messgrösse::</i> Prozentualer Anteil</p>			

Produkt 1 Evaluation und Beschaffung von Mobiliar, Maschinen, Geräten und Dienstleistungen für Dritte

Leistungen

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und den Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbücher etc.
- Beschaffung im Rahmen von Sammelbestellungen von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten- Zielerreichungsgrad in % Der Zufriedenheitsgrad unserer KundInnen stabil auf hohem Niveau halten. Kundenzufriedenheitsgrad in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Umsatzentwicklung in Fr. Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen Umsatzanteil der städtischen Schulen in %			

Produkt 2 Evaluation, Beschaffung und Verkauf von Hilfs- und Verbrauchsmaterialien (Lagermaterial)

Leistungen

- Sicherstellung der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und den Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Lagermaterialien.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Verhandlungen mit Lieferanten über Rahmenvereinbarungen.
- Beschaffen und auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Permanente Analyse der Bedürfnisse unserer Kundschaft.
- Konsequente Berücksichtigung der ökologischen Aspekte bei der Auswahl des Lagersortimentes.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Kundenbasis wird erweitert - Akquisition von Neukunden in % Der Zufriedenheitsgrad unserer KundInnen stabil auf hohem Niveau halten - Kundenzufriedenheitsgrad in % Das Verkaufsvolumen wird gesteigert - Erhöhung des Umsatzes in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl der Lieferantenbestellungen Anzahl der Lagerbewegungen (Wareneingänge & Bezüge) Anzahl Bestellungen über den Internet-Shop			

Produkt 3 "Konzern-Dienstleistungen"

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Budgetierung und Controlling der Anschaffungs-, Unterhalts- und Verbrauchsmaterialkonten der Volksschulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, AG Erscheinungsbild, AG Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Budgets der zugeteilten Sachkonten und Klassenkredite der Volksschule werden eingehalten - Zielerreichungsgrad in % Durch Einflussnahme während der Projektphase von Druckaufträgen werden Kosten gesenkt. - Reduktion von Reklameberater-Kommissionen in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %			

Produkt 4 Lagerung, Transport, Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Tonermodulen, Druckerzubehör, Beleuchtungsmaterial etc. und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar- und maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Autotransportkosten werden durch optimierte Routen gesenkt. - Reduktion der Kilometer in Relation zum Gesamtumsatz in % Führen eines bedarfsgerechten Sortimentes -Reduktion von Abschreibungen in % Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar - Einhaltung der Lieferfristen in % Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht - Zielerreichungsgrad in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte			

Vormundschaftsamt

Auftrag

Für die in der Stadt Winterthur wohnenden Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen sowie Schutz und Hilfe benötigen, wird eine adäquate begleitete und überwachte vormundschaftliche oder kindesrechtliche Betreuung angeordnet. Der zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutz wird gewährleistet. Die gesetzeskonforme Führung der vormundschaftlichen Massnahmen in persönlichen und finanziellen Belangen ist sichergestellt und die rechtlichen Interessen der Klienten sind gewahrt.

Die Vormundschaftsbehörde, eine durch den Gemeinderat gewählte nebenamtliche Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen, trifft die rechtskräftigen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide. Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde behandelt das Vormundschaftsamt die Gefährdungsmeldungen und Gesuche und erteilt die erforderliche Beratung, führt die vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Verfahren, überprüft die gesetzeskonforme Mandatsführung, bereitet generell die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte professionell vor und ist für deren Abwicklung besorgt.

Produkte

1 Vormundschaftspflege

Im Rahmen der Vormundschaftspflege werden sämtliche vormundschaftlichen Verfahren durchgeführt und die erforderlichen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide gefällt. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erfolgt eine entsprechende Mitwirkung bei der Mandatsführung und es wird eine Aufsichtsfunktion wahrgenommen. An Mandatspersonen, Klientinnen und Klienten sowie an deren Umfeld wird eine fachkundige Beratung und Information erteilt sowie gezielte Vernetzungsarbeit geleistet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 361: Vormundschaftliche Behörden sind die Vormundschaftsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Die Kantone bestimmen diese Behörden.
- EG ZGB des Kantons Zürich § 73 und § 74: Vormundschaftsbehörde ist der Gemeinderat der politischen Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Besorgung des Vormundschaftswesens entweder einer Kommission von 3 oder 5 Mitgliedern aus seiner Mitte oder einer besonderen Kommission von mindestens 3 Mitgliedern übertragen, deren Wahl durch die Gemeinde erfolgt. In gleicher Weise können durch Gemeindebeschluss einzelne Aufgaben der vormundschaftlichen Fürsorge besonderen Amtsstellen übertragen werden.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtische Gemeindeordnung § 64 und 65: Regelung der konkreten Zusammensetzung der Vormundschaftsbehörde und des Auftrages, dass die Vormundschaftsbehörde die vormundschaftlichen Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorschriften (ZGB, EG ZGB) und den Staatsverträgen zu erledigen hat. Die Vormundschaftsbehörde ist eine Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen. Ausserdem wird auf die Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde vom 7. August 1974 verwiesen.

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung vom 7. August 1974 (wird im Rahmen der Neuorganisation der VB überarbeitet). Gemäss Art. 11 der Geschäftsordnung bereitet das Vormundschaftsamt die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte vor und ist für deren Abwicklung besorgt, soweit die Erledigung nicht anderen Vollzugsorganen übertragen ist.
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14: Beratungen zu vormundschaftlichen Fragestellungen sowie die Erledigung der Geschäfte der Vormundschaftsbehörde gelten als Aufgabenbereich des Vormundschaftsamtes.

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes <i>Messgrössen:</i> Verwaltungskosten pro Verfahren Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr Anzahl Berichtsabnahmen pro Jahr durchschnittliche Belastung in der Verfahrensleitung Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung erledigte Verfahren pro Jahr pendente Verfahren Ende Jahr</p> <p>2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. <i>Messgrösse:</i> Prozent der bestätigten Fälle</p> <p>3 Förderung der privaten Mandatsträger Private Mandatsträger werden rekrutiert und unterstützt. <i>Messung / Bewertung:</i> Die privaten Mandatspersonen sind mit der fachlichen Unterstützung durch die Prima-Stelle zufrieden. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Mandate über Erwachsene, welche durch Private geführt werden. <i>Messgrösse:</i> Anteil der privat geführten Mandate</p>			

Produkt 1 Vormundschaftspflege

Leistungen

Massnahmeprüfung und Entscheid

Durchführung aller vormundschaftlichen Verfahren: Behandlung und Überprüfung sämtlicher Gefährdungsmeldungen, Gesuche und Anträge auf Anordnung einer vormundschaftlichen Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme. Fall/Geschäftseröffnung, Sachverhaltsabklärung, Gewährung des rechtlichen Gehörs, Bestimmen der Mandatsperson, Antragstellung/Entscheid, Vernehmlassung in Beschwerdeverfahren, Geschäftsabschluss.

Mitwirkung bei der Mandatsführung und Aufsichtstätigkeit

Geschäftseröffnung, Inventaraufnahme, Prüfung der zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte, Aufbewahrung, Verwaltung, Anlage und Aushändigung von Mündelvermögen, Berichts- und Rechnungsprüfung, Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatsperson, Einschreiten von Amtes wegen, Antragstellung/Entscheid, Geschäftsabschluss

Beratung und Information

Erteilen von Auskünften, Beratung, Vermittlung und Schlichtung
Vernetzungsarbeit

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl laufende Verfahren Anzahl vormundschaftliche Beschlüsse Anzahl Inventarverfahren			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Massnahmeprüfung und Entscheid Anzahl Prüfungen / Entscheide für Kinder - Errichtungen - Aufhebungen - Übernahmen - Übertragungen - Verzicht Anzahl Prüfungen / Entscheide für Erwachsene - Errichtungen - Aufhebungen - Übernahmen - Übertragungen - Verzicht Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit - Anzahl Inventaraufnahmen - Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte - Höhe des verwalteten Mündelvermögens - Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen - Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen - Einschreiten von Amtes wegen - Antragstellung/Entscheid Beratung und Information - Anzahl rechtliche Beratungen und sonstige Auskunftserteilung - Anzahl rekrutierte private Mandatspersonen - Anzahl Schulungen - Anzahl Tätigkeiten in Vernetzungsarbeit			

Alters- und Pflegeheime

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Pflege-, Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitpflege

Pflegeheime, -zentren, -wohngruppen
Wohngruppen für Menschen mit Demenz

2 Langzeitwohnen

Altersheime und -zentren
Betreutes Wohnen
Alterswohnungen

3 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege
Ferienabteilungen
Temporäre Pflege (länger als 24 Stunden)
Tagespflege

4 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie
- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen
- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung
Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung
Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmung

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktegruppe "Alters- und Pflegeheime" Kostendeckungsgrad des Teilproduktes "Hotellerie"</p> <p>2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleitungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten.</p> <p>3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitpflege - im Langzeitwohnen - in den temporären Angeboten Wartezeit in Monaten bei der zentralen Wohnberatung - in der Langzeitpflege - im Langzeitwohnen</p> <p>4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter</p>			

Produkt 1 Langzeitpflege

Leistungen

- Professionelle Betreuung, Begleitung und Pflege inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung für betagte Langzeitbewohner in Pflegezentren vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Patienten / Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes, sowie Einbezug in den Alltag (soweit sinnvoll und gewünscht).
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung, sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung) Kostendeckungsgrad Produkt Langzeitpflege Aufwandüberschuss pro Pflgetag Qualitätskennziffern <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl Stürze ▪ Dekubiti 			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Pflgetage Eintritte Austritte Bestand per 31. Dezember			

Produkt 2 Langzeitwohnen

Leistungen

Altersheime / -zentren:

Den individuellen Bedürfnissen der Bewohnern entsprechendes Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben im Heim gelegt. Unterstützung dazu bietet eine flexible Tagesstruktur, welche, je nach Bedarf, die Eigenständigkeit fördert oder Hilfestellung zur Strukturierung des Tages bietet.

Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes, sowie Einbezug in den Alltag (soweit sinnvoll und gewünscht).

Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:

Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbstständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung) Kostendeckungsgrad Produkt Langzeitwohnen Aufwandüberschuss pro Pflageitag			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Pflageitage Eintritte Austritte Bestand per 31. Dezember			

Produkt 3 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Auslastung der Betten Plätze in % Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote Aufwandüberschuss pro Pflgetag Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Pflgetage Eintritte Austritte Bestand per 31. Dezember			

Produkt 4 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare, haben den Auftrag die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Regelmässige Produktion von Mahlzeiten zur externen Konsumation. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad Produkt "Weitere Dienstleistungen" Aufwandüberschuss pro Pflageetag			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Mahlzeiten Bruttoumsatz Restaurant Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen Anzahl Raumvermietungsstage Therapieleistungen für Dritte Arztbehandlungen für Dritte Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen			

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über die spitalexterne Pflege vom 24. November 1986 (mit Änderung vom 14.9.1992 und VI Nachträgen)

Stufe Verwaltungseinheit

Alterskonzept der Stadt Winterthur
Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
Spitex-Leitbild der Stadt Winterthur
Spitex-Konzept 1991

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad</p> <p>2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten.</p> <p>3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.</p> <p>4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechenbaren Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechenbaren Zeit</p> <p>5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter</p>			

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechenbaren Stunden Kostendeckungsgrad Produkt Pflege Vollkosten pro Einsatz			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl betreute Personen Anzahl Einsätze Geleistete Stunden			

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechenbaren Stunden Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung Vollkosten pro Einsatz			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl betreute Personen Anzahl Einsätze Geleistete Stunden			

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich der Gesundheit bzw. des Alters gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Beiträge

Finanzielle Unterstützung von Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich. Die Beiträge erfolgen subsidiär.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonale Verordnung vom 26.02.1968 (Kantonsspital Winterthur)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 02.06.1991 (Pro Senectute)

Volksabstimmung vom 30.11.2003 (Verein Pflegewohngruppe)

GGR-Beschluss vom 21.06.2004 (Kinderspitex)

Stadtratsbeschluss vom 28.01.1971 (Gaiwo)

Stadtratsbeschluss vom 01.07.1998 (Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie)

Stadtratsbeschluss vom 28.06.2000 (Verein Freiwilligenagentur)

Stufe Verwaltungseinheit

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner (93506 Stand per 31.08.03)</p> <p>2 Kundenorientierung Die Bevölkerung ist mit den unterstützten Institutionen zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Zufriedenheit wird im Rahmen einer gesamtstädtischen Umfrage erfasst. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Dienstleistungen der unterstützten Institutionen mit gut bis sehr gut bewerten.</p> <p>3 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.</p>			

Produkt 1 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kantonsspital Winterthur Pro Senectute Verein Pflegewohngruppe Kinderspitex Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen) Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie Verein Freiwilligenagentur			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen wird durch Verträge geregelt.			

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Die Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe umfasst die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe in Notlagen. Sie erbringt Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz im Auftrag der Fürsorgebehörde und führt deren Sekretariat.
- Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde führt die Sozial- und Erwachsenenhilfe vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene.
- Die Produktgruppe umfasst auch die Ausrichtung von Zusatzleistungen bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindegzuschüssen zur AHV und IV.
- Mit der Erbringung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verhindert die Sozial- und Erwachsenenhilfe materielle Armut, soziale Desintegration sowie Krankheit und sie unterstützt damit die Erhaltung des Sozialen Friedens in der Stadt Winterthur. Wichtigste Ziele sind die Förderung der beruflichen Integration (Projekte und Programme) und der sozialen Integration (Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigung).

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für EinwohnerInnen der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung in Notlagen, Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung ihrer sozialen und beruflichen Integration.

2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene werden im Rahmen des behördlichen Auftrags durch Gesetzliche Betreuer geführt.

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Anspruchsklärung, Berechnung und Ausrichtung der Zusatzleistungen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

4 Krankenkassenwesen

Im Rahmen der Existenzsicherung werden Krankenkassenprämien übernommen.

5 Beiträge an Institutionen

Beiträge an Institutionen mit einer sozialen Zielsetzung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfe gemäss SHG

- Bundesverfassung
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz / ZUG)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz
- Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- ZGB Art. 369 ff.
- EG ZGB § 82 ff.

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) und Verordnungen (EL Gesetz)
- Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Gesetz)
- Gesetz über die Invalidenversicherung
- Verordnung zum Gesetz über die Invalidenversicherung Kantongesetzgebung

Krankenkassenwesen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherungen (KVG)
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

Sozialhilfe gemäss SHG

- Gemeindeordnung der Stadt Winterthur
- Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Verordnung über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV)

Stufe Verwaltungseinheit

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- Geschäftsordnung der Verwaltung der sozialen Dienste, Art. 20 ff. (GGRB 1974)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Interkommunaler Anschlussvertrag betreffend Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG b) Vormundschaftliche Massnahme c) Zusatzleistungen zur AHV/IV</p> <p>2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messung / Bewertung:</i> <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle</p> <p>3 Weitere Steuergrössen Auf weitere Steuergrössen wird verzichtet, da die Tätigkeit innerhalb der Sozial- und Erwachsenenhilfe weitgehend durch Bundes- und Kantongesetzesgebung reglementiert ist und keinen Handlungsspielraum erlaubt.</p>			

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

- Erstberatung mit Klärung der Ansprüche auf Sozialhilfe
- Erbringung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe gemäss SHG und Richtlinien der Fürsorgebehörde, insb. Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration
- Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl unterstützte Personen per 31.12. - davon Anteil der unter 18-jährigen in % Anzahl Unterstützungsfälle per 31.12. Anzahl Neuaufnahmen pro Jahr Anzahl abgeschlossene Fälle pro Jahr Anzahl Leistungsentscheide pro Jahr Unterstützungsleistungen brutto Unterstützungsleistungen netto			

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Vormundschaftsbehörde
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Budget, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld, Gesundheit
- Vermittlung von Ressourcen (Sachhilfe)
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Erwachsenenschutzmassnahmen pro Jahr Anzahl Erwachsenenschutzmassnahmen per 31.12. Anzahl Fälle mit Vermögensverwaltung pro Jahr Anzahl Fälle mit Einkommensverwaltung pro Jahr			

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche auf Zusatzleistungen
- Auszahlung von Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindegzuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Führung von Fällen für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl unterstützte Fälle per 31.12. - davon Betagte - davon Behinderte - davon Hinterlassene Anzahl unterstützte Fälle für andere Gemeinden per 31.12. Anzahl pendente Gesuche per 31.12. Anzahl Leistungsentscheide pro Jahr Gesamtbelastung der Stadt (in Mio. Fr.) - davon Gemeindegzuschüsse (in Mio. Fr.)			

Produkt 4 Krankenkassenwesen

Leistungen

- Abrechnung mit dem Kanton und den Krankenkassen
- Bewirtschaftung von Verlustscheinen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Verhältnis der Betragssumme der Verlustscheine zur gesamten Prämienübernahme Verhältnis der rückerstatteten Beträge zur Betragssumme der Verlustscheine (Rückerstattungsquote)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Summe der Prämienübernahmen - davon für Zusatzleistungen - davon für Sozialhilfe - davon für Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe - davon für manuelle Nachmeldung			

Produkt 5 Beiträge an Institutionen

Leistungen

Leistung von Beiträgen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Unterstützte Rechtsauskunftsstellen Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Rechtsauskunft des kaufm. Verbandes Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle Rechtsauskunft des Verbandes der KMU Winterthur und Umgebung Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur) Beträge an Institutionen Stiftung Begleitung in Leid und Trauer Tele-Hilfe der Dargebotene Hand Frauenzentrale Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Wohnheim) Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte) Verschiedene Beiträge			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Zusammenarbeit mit den Geldempfängern wird in der Regel vertraglich geregelt.			

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen.
- Sicherstellen einer suchtbewussten Prävention
- Zur Verfügungstellen von niederschweligen und teilweise begleiteten Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstruktur

Produkte

1 Prävention

Suchtthemenbezogene Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit, d.h. entwickeln, planen und umsetzen von primär- und sekundärpräventiven, zielgruppenspezifischen Dienstleistungsangeboten und Projekten auf personensorientierter und struktureller Handlungsebene.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschweligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen. Die Koordinationsaufgaben bestehen in der Mitarbeit und Vernetzung bei den städtischen Angeboten und den privaten Anbietern (Projekt Taglohn, Subita Strassensozialarbeit, Caritas Hot Pot und Wohnheime Heilsarmee). Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken jungen und erwachsenen Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt).

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Beiträge an Institutionen, die im Bereiche Prävention und/oder niederschwelliger Suchthilfe tätig sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kant. Sozialhilfegesetz, Kant. Gesundheitsgesetz
- Kant. Psychiatriekonzept
- Kant. Suchtpräventionskonzept
- Krankenhausverordnung
- Krankenversicherungsgesetz
- Tarmed
- Versorgungsmodell ipw
- RRB 6199 vom 11.11.1971 (BSD)
- Betäubungsmittelgesetz/Verordnung 812.121.6 über die ärztliche Verschreibung von Heroin (Ikarus)
- dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin vom 13.6. 1999 (Ikarus)
- Institutionsbewilligung des Bundesamtes für Gesundheit BAG (Ikarus)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kanton Zürichs (BSD und Ikarus)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich-Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- GGR vom 20.3.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Volksabstimmung vom 17.5.1992 zum Drogenkonzept und GGR Nr. 92/082 Sicherung von Arbeitsplätzen (Projekt Taglohn)
- GGR Entscheid Nr. 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Volksabstimmung Drogenkonzept vom 17.5.1992 (Begleitetes Wohnen)
- SRB vom 7.2.1990 (Notwohnungen)
- städtische Abstimmung zur Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung 25.6.1995 (Ikarus)
- Dringlicher Bundesbeschluss vom 13.6.1999 über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 (Ikarus)
- SRB Nr. 95/01 vom 1.3.1995 (WFA)
- GGR-Beschluss Nr. 95/01 vom 4.1.1995 (WFA)
- SRB 1366 vom 12.11.1970 (Drogenberatungsstelle)

- GGR-Beschluss vom 22.9.2003 (jump und jumpina)

Stufe Verwaltungseinheit

- Verträge mit ipw

- Verträge mit 19 Bezirksgemeinden betreffend der Beratung , Unterstützung, Therapie und Behandlung von alkoholgefährdeten und alkoholkranken Personen durch die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme WFA ab 1.10.2003

▼ Beschlussteil ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Kostendeckungsgrad</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) ▪ des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus ▪ der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) <p>2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen</p> <p>3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina</p> <p>4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden</p> <p>5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den Drogenkonsumierenden offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche</p>			

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchgefährdete weibliche (bzw. männliche) Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass diesen eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und sie trotz ihrer high risk Lebens- und Persönlichkeitsmerkmale nicht drogen- oder alkoholabhängig werden.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina Wartefrist für Aufnahme in Projekt			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina			

Produkt 2 Betreuung und Wohnen

Leistungen

Drogenanlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Szene und aufsuchende Sozialarbeit am Musikpavillon.

Begleitetes Wohnen

- Das Begleitete Wohnen stellt Wohnraum für suchtmittelabhängige und verhaltensauffällige Menschen zur Verfügung und begleitet die Bewohner/-innen in ihrem Lebensalltag. Die Angebote sind in der Stadt dezentral verteilt. Es werden Zimmer in Wohngruppen und Einzimmer-Wohnungen in Untermiete zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und Verhindern des Aufenthalts in stationären Einrichtungen.

Notwohnungen

- Es wird Wohnraum zur Verfügung gestellt für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/-innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Nutzende pro Jahr / Stellenprozent der Drogenanlaufstelle Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Drogenanlaufstelle: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl NutzerInnen pro Jahr ▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr Begleitetes Wohnen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl begleitete Personen ▪ Anzahl Mietobjekte ▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen Notwohnungen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer ▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Erwachsene / Kinder ▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare ▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen 			

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Beratungsstelle für Drogenprobleme

- Die Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) ist Teil des 4 Säulenmodells. (Prävention, Therapie, Risikoverminderung und Repression), das auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene abgesichert ist. Die BSD gibt Methadon ab. Die BSD ist in der kantonalen Spitalliste als poliklinisches ambulantes (sozial)-psychiatrisches Spital und als ambulante Fachklinik aufgeführt. Die erbrachten Leistungen werden den Krankenkassen in Rechnung gestellt.

Ikarus

- Im Zentrum zur heroingestützten Behandlung Ikarus werden
 - Bei Menschen mit langjährigen chronifizierten Suchtentwicklung und bei denen andere Behandlungen versagten, heroingestützte Behandlungen durchgeführt.
 - Methadonbehandlung in einem niedrig strukturierten Setting durchgeführt sowie übergetretene KlientInnen vom Heroinprogramm weiter behandelt.
 Die HeGeBe-Zentren (Heroin gestützte Behandlung) stehen gesamtschweizerisch unter der Kontrolle des BAG (Bundesamt für Gesundheit).

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

- Die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme ist eine ambulante psychiatrische/psychologische Behandlungseinrichtung für erwachsene Personen aus der Stadt Winterthur mit einer Suchterkrankung (Alkohol-, Medikamenten- und Spielsucht). Sie bietet ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapien an, sowohl Einzeltherapie als auch Paar- und Gruppentherapie, führt strafrechtliche Massnahmen durch, berät und begleitet Angehörige von suchtkranken Menschen. Das Behandlungsmodell der WFA basiert auf zeitgemässen, professionellen und interdisziplinären Behandlungskonzepten und richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der PatientInnen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Beratungsstelle für Drogenprobleme <ul style="list-style-type: none"> behandelte Fälle Konsultationen Patienten im Methadonprogramm Ikarus <ul style="list-style-type: none"> Anzahl Plätze im Heroinprogramm Anzahl Patienten per 31.12. im Herionprogramm Anzahl Ein- / Austritte im Heroinprogramm Anzahl Patienten per 31.12. im Methadonprogramm Anzahl Ein- / Austritte im Methadonprogramm Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme <ul style="list-style-type: none"> behandelte Fälle Konsultationen 			

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Projekt Taglohn

- Beschäftigung von Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Süchtigen, Randständigen. Arbeit im Taglohn-System und mit festen Arbeitszuteilungen. Schaffung einer Tagesstruktur durch Arbeit. Autonomierückgewinnung durch eigenen Erwerb.

Subita Strassensozialarbeit

- Aufsuchende Sozialarbeit in der Stadt. Beratung und Vermittlung von Hilfestellungen. Vernetzung mit sozialen Dienststellen.

Wohnheim der Heilsarmee

- Angebot und Führung eines Wohnheimes für Männer und Frauen mit insgesamt 30 Betten und Verpflegung. Verhinderung von Obdachlosigkeit. Das Haus gehört der Stadt und wird für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aids-Infostelle

- Das Angebot der AIDS-Infostelle Winterthur richtet sich im Bereich Prävention und Beratung an die Einwohner der Stadt Winterthur und seiner Umgebung.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Projekt Taglohn Subita Strassensozialarbeit Wohnheim der Heilsarmee Verein Aids-Infostelle			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Projekten wird durch Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen geregelt.			

Asylwesen

Auftrag

Die Asylkoordination Winterthur gewährleistet die fachlich qualifizierte Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die der Stadt Winterthur zugewiesen werden. Sie erbringt im Auftrag des Kantons und Gemeinden der Region Leistungen in den Bereichen Unterbringung / Betreuung und Bildung / Beschäftigung und schliesst entsprechende Verträge ab.

Produkte

1 Betreuung und Unterbringung Asyl Suchende 1. Phase

Führen von Kollektivunterkünften (Durchgangszentren) im Auftrag und nach Vorgaben der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

2 Betreuung und Unterbringung Asyl Suchende 2. Phase

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Rahmen des Aufnahmekontingentes der Stadt Winterthur gemäss den Richtlinien der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Durchführung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen im Auftrag und nach Vorgaben der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit

Durchführung von städtischen Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen

4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Auftrag von Gemeinden der Region.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Asylgesetz vom 26. Juni 1998, Stand am 28. September 1999
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 11. August 1999, Stand 28. September 1999
- Kantonales Sozialhilfegesetz
- Regierungsratsbeschluss 1010 "Asylwesen" vom 28. Juni 2000 (Neuausrichtung des Unterbringungs- und Betreuungskonzeptes)
- Kantonales Leitbild für die Unterbringung und Betreuung von unterstützungsbedürftigen Asyl Suchenden und Vorläufig Aufgenommenen vom September 1997
- Vereinbarungen mit dem Kanton betreffend die Unterbringung von Asyl Suchenden in Durchgangszentren und die Durchführung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschluss der Fürsorgebehörde vom 19. April 1996 (Auftrag der Fürsorgebehörde an die Asylkoordination)
- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 12 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Stufe Verwaltungseinheit

- Betreuungsleitsätze der Asylkoordination Winterthur

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons</p> <p>2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.)</p> <p>3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden</p> <p>4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten.</p>			

W = Winterthur, A= Andelfingen

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 1. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Kollektivunterkünften
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination
- Beratung und Betreuung von Asyl Suchenden, Deutschunterricht

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Personalkosten pro Präsenztage Uebrige Kosten pro Präsenztage			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kapazität gemäss Leistungsvereinbarung (reguläre Durchgangszentren) Notunterkünfte Abgerechnete Präsenztage			

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, die den Minimalanforderungen des Kantons genügen
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination
- Beratung und Betreuung von Asyl Suchenden

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Personalkosten pro Präsenztag Uebrige Kosten pro Präsenztag Anteil der in Kollektivunterkünften (Wohnheim Hegifeld) untergebrachten Asyl Suchenden			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Abgerechnete Präsenztage			

Produkt 3 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme

Leistungen

- Bildungs- und Beschäftigungsprogramme (Sprache, Fachkenntnisse, Dienstleistungen)
- Freizeit (Tagesstruktur, Sport/Gesundheit)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Personalkosten pro Stelleneinheit			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Programmplätze pro Jahr Anzahl Teilnehmende pro Jahr			

Produkt 4 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, die den Minimalanforderungen des Kantons genügen
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination
- Beratung und Betreuung von Asyl Suchenden
- Durchführung von Beschäftigungsprogrammen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
- Personalkosten pro Präsenztage - Übrige Kosten pro Präsenztage			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Abgerechnete Präsenztage Bez. Andelfingen: Beiträge an die Verwaltung Asylkoordination (Fr. 2.-- pro Präsenztage)			

Jugend- und Familienhilfe

Auftrag

Zur Verfügungstellen von umfassenden Beratungs-, Betreuungs- und Vertretungsangeboten bei Gefährdung des Kindes- und Jugendwohls auf gesetzlicher und freiwilliger Basis. Beratung und Unterstützung von hilfeschenden Eltern im Zusammenhang mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder.

Sicherstellen der präventiven Angebote im Bereich des Säuglings und Kleinkindes. Betreuen der vielfältigen präventiven Angebote im Jugendbereich.

Gewährleisten von gesetzlichen Ansprüchen und Ausrichten der finanziellen Leistungen für Alleinerziehende, Geschiedene und von finanziell schlecht gestellten Familien mit Kleinkindern.

Beraten und unterstützen von privaten Einrichtungen und Organisationen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen. Sicherstellen der geeigneten Vernetzung der vielfältigen privaten und öffentlichen Angebote.

Vertreten der Interessen Jugendlicher. Entwicklungsarbeit bei Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung des intergenerationellen Dialogs und bei der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Produkte

1 Kinderschutz und Beratung

Die freiwillige und gesetzliche Jugendhilfe leistet umfassende Hilfestellungen an Eltern, Kindern und Jugendlichen im Rahmen von vormundschaftlichen Massnahmen oder auf Ersuchen von Beratung suchenden Eltern.

2 Alimenterwesen

Das Alimenterwesen leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimenterbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

3 Jugendförderung

Die Fachstelle Jugendförderung (Jugenddelegierter) betreut die vielfältigen Angebote in der offenen Jugendarbeit, berät politische Behörden und private Trägerschaften. Sie ist verantwortlich für die Vernetzung mit den Departementen Schule und Sport, Sicherheit und Umwelt, mit kantonalen Fachstellen und privaten Trägerschaften im Bereich der offenen Jugendarbeit.

4 Kinder- und Jugendheim

Das Kinder- und Jugendheim betreut nach den kantonalen Qualitätsvorgaben entwicklungsauffällige Kinder, die nicht im Elternhaus leben können. Das Heim wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt und erhält aufgrund der Anerkennung volle Defizitdeckung.

5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Das Jugendsekretariat betreut private Einrichtungen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen des GGR, des SR oder von Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

ZGB, Vormundschaftsrecht, Kindesrecht, Eidgenössische Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern, Eidg. Opferhilfegesetz/ Kantonales Jugendhilfegesetz und dazugehörige Verordnung, Kantonales Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge/ Kantonale Verordnung über die Bewilligung von Kinderkrippen/ Kantonales Opferhilfegesetz und dazugehörige Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

Städtische Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, verschiedene Beschlüsse des GGR, des Stadtrates und verschiedene Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

Geschäftsordnung des Departements Soziales, Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung In der Alimentenbevorschussung wird ein hoher Inkassoerfolg erzielt. <i>Messgrösse:</i> Verhältnis der eingebrachten Forderungen zu den Forderungen insgesamt.</p>			
<p>2 Kundenorientierung In der gesetzlichen Jugend- und Familienhilfe werden gesetzeskonforme Entscheide gefällt und fachgerechte Beratungen angeboten. <i>Messgrösse:</i> Anzahl schriftlicher Beschwerden bzw. Rekurse in der Jugend- und Familienberatung im Verhältnis zu den betreuten Fällen</p>
<p>3 Interventionszeit In dringenden Fällen werden innert nützlicher Frist die erforderlichen Massnahmen getroffen. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittliche Interventionszeit bei einer Anmeldung bis zur ersten Massnahme</p>
<p>4 Unterstützung von privaten Institutionen Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt. <i>Messgrössen:</i> Summe der Förderungskredite Anzahl Förderungskredite</p>		...	
<p>5 Betreuungsangebot Im Kinder- und Jugendheim Oberi werden entwicklungsauffällige Kinder betreut. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad</p>			

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung

Leistungen

Kinderschutz im Rahmen vormundschaftlicher Mandatsführung.

- Der jeweilige Auftrag der Kinderschutzmassnahme wird durch Beschluss der Vormundschaftsbehörde umschrieben bzw. konkretisiert und kann alle Lebensbereiche der betroffenen Personen umfassen. Auftragnehmer sind die namentlich eingesetzten Gesetzlichen Betreuer.

Beratung

- Die Jugend- und Familienberatung leistet umfassende Hilfen an Kindern, Jugendlichen und Familien auf freiwilliger Basis, sie leistet gesetzliche Aufgaben im Bereich des Pflegekinderwesens, ferner ist sie Abklärungsstelle für Kinderschutzmassnahmen für die Vormundschaftsbehörde und Gerichte (Gesetzliche Leistung nach Jugendhilfegesetz).

Mütter- und Väter-Beratung

- Die Mütter-Väterberatung ist ein freiwilliges, niederschwelliges Beratungsangebot vor allem im Gesundheitsbereich und erfüllt präventive Aufgaben in der Jugendhilfe. Ihr Angebot richtet sich an Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern im Rahmen der kantonalen Vorgaben. (Gesetzliche Leistung nach Jugendhilfegesetz).

Opferhilfe

- Die Fachstelle für Kinderschutz und Opferhilfeberatung (OKey) leistet in Zusammenarbeit mit der Kinderklinik des Kantonsspitals Hilfestellungen im Sinne des kant. Opferhilfegesetzes und verfügt über die Anerkennung durch den Regierungsrat. Der Betrieb wird von der Justizdirektion fachlich beaufsichtigt und subventioniert.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl betreute Kinder in der Jugend- und Familienberatung (inkl. vormundschaftliche Fälle)
Anzahl Abklärungen in der Jugend- und Familienberatung für Behörden und Gerichte
Anzahl Konsultationen in der Mütter- und Väterberatung
Anzahl der präventiv erfassten Kinder im ersten Lebensjahr im Verhältnis zu den Neugeborenen
Anzahl erfasste Kinder bei der Opferhilfe

Produkt 2 Alimentenwesen

Leistungen

Die Alimentenhilfe leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten			
Anzahl Kleinkinderbetreuungsfälle			
Anzahl der Inkassofälle			
Summe der vermittelten Alimenten			
Summe der bevorschussten Alimenten			
Summe der ausgerichteten Kleinkinderbetreuungsbeiträge			

Produkt 3 Jugendförderung

Leistungen

- Betreuung der Angebote der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit, Projekte)
- Fachberatung gegenüber politischen Behörden, privaten Trägerschaften, Stadtverwaltung
- Mitarbeit in Kommissionen und Projekten
- Vernetzung mit anderen öffentlichen und privaten Stellen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Beratungen und Netzwerkkontakte Anzahl Projekte zur Konfliktlösung und Prävention			

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim

Leistungen

Betreuung von entwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von erziehungsunfähigen Eltern im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Belegung, Auslastung pro Jahr in %			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr Belegung / Auslastung pro Jahr in Prozent			

Produkt 5 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Das Jugendsekretariat betreut private Jugendhilfeeinrichtungen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen und Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Trägerschaften von Krippenvereinen Tagesfamilienverein Verein Partnerschafts- und Eheberatung, Scheidungsberatung Verein Frauenhaus Winterthur Verein Nottelefon für vergewaltigte Frauen			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Organisationen und Anbieter wird vertraglich geregelt.			

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Baubewilligungsverfahren; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunales Verkehrsgrün; Anbieten geschützter Arbeits- und Ausbildungsplätze; Dekorationen für öffentliche Anlässe; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzent

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung</p> <p>1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt</p> <p>1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr (Pflegeklassen gemäss Infoteil) <i>Messgrössen:</i> Fr. pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1 Fr. pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2 Fr. pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3 Fr. pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4</p> <p>2 Kundenorientierung</p> <p>2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage im Rahmen der gesamten Stadtverwaltung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei "gut" oder "sehr gut"</p> <p>2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)</p> <p>3 Sicherheit</p> <p>3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle)</p> <p>3.2 Die Arbeitsplatzsicherheit hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen</p> <p>4 Nachhaltigkeit/Ökologie</p> <p>4.1 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u.dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr</p> <p>4.2 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen</p>			

<p><i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen 4.3 Projekte im Naturschutzbereich</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte</p> <p><i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr 2006 4.4 Einsatz chemischer Hilfsstoffe</p> <p><i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG</p> <p><i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind</p>			
---	--	--	--

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag

Leistungen

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze Nachhaltigkeitskriterien VSSG bei der Pflanzenproduktion eingehalten			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Planungsleistungen in Std. Pflegeflächen Schulanlagen in m2 Pflegeflächen Sportanlagen in m2 Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen Anzahl Kremationen auswärts Wohnende Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) FH Rosenberg Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe			

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleeen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Vernetzungsprojekte für Landschaftsräume erstellt, Anzahl Anteil erstellter Pflegepläne für alle Naturschutzflächen auf Stadtgebiet Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen) Anzahl Arbeitsplätze für Integration			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Planungsleistungen für Naturschutz in Std. Beaufsichtigte Naturschutzgebiete überkommunal, m2 Beaufsichtigte Naturschutzgebiete kommunal, m2 Anzahl Strassenbäume, überkommunal			

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neubelegungen und Pflegepläne
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen
- Pflege der stadt eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung (nach Genehmigung win.03 Massnahmen Nr. 46 und 90 Verschiebung zu Produkt 1 oder 2)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Entwicklungskonzepte für FH Oberwinterthur und FH Töss Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen) Durchschnittliche Kosten einer Bestattung			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Planungsleistungen in Std. Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2 Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2 Anzahl Strassenbäume, kommunal Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2 Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs			

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald – Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1 Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991

Verordnung über den Wald vom 30. November 1992

Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998

Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen</p> <p>2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisrecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)</p> <p>3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit</p> <p>4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen Laufmeter Waldrandpflege Anzahl Aktionen Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung</p> <p>5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 58 Kilometer reduziert 58 Kilometer stark reduziert 13 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle</p>			

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbiologie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden Umsatz Dienstleistungen für Private Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung Kostendeckungsgrad Dienstleistungen Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Hiebsatz Stadtwald Produktion Nadelholz Produktion Laubholz Produktion Holzschnitzel			

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Natuschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen, Privatwaldbetreuung
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Jungwaldpflege: 45 Hektaren gepflegt			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Städtische Werke

Auftrag

Die Städtischen Werke Winterthur

- versorgen Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigen das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwerten thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreiben weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telekom, Ladengeschäft, Hausinstallationsgeschäft.
- bieten ihre Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringen zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, Tankkontrolle oder Aufgaben der Gewässerschutzfachstelle, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrlichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit den StWW ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

1 Stromhandel

An- und Verkauf von Strom. Das Profit-Center „Verteilung Elektrizität“ verrechnet dem Stromhandel einen internen Netzbenutzungspreis.

2 Gashandel

An- und Verkauf von Gas. Das Profit-Center „Verteilung Gas“ verrechnet dem Gashandel einen internen Netzbenutzungspreis.

3 Haustechnik

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich von Elektro- und Sanitärinstallationen.

4 Energie-Laden

Verkauf von Elektrogeräten und Beratung in Energiefragen.

5 Verteilung Elektrizität

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur mit Strom. Die Verrechnung erfolgt mittels eines internen Netzbenutzungspreises an das Profit-Center „Stromhandel“.

6 Telekom

Verkauf und Vermietung von Datentransportkapazitäten.

7 Öffentliche Beleuchtung

Bau, Unterhalt und Betrieb der Strassenbeleuchtung im Auftrag der Stadt.

8 Verteilung Gas

Bereitstellung der Infrastruktur für eine sichere, zukunftsgerichtete und effiziente Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Gas. Die Verrechnung erfolgt mittels eines internen Netzbenutzungspreises an das Profit-Center „Gashandel“.

9 Wasserversorgung

Versorgung der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden mit Wasser.

10 KVA

Thermische Verwertung von Abfällen aus dem Sammeldienst der Stadt Winterthur, von zugewiesenen Gemeinden und von Privaten. Stromverkauf an Profit-Center „Stromhandel“, Dampfverkauf an Profit-Center „Fernwärme“.

11 Kläranlage

Reinigung des Abwassers der Stadt Winterthur und von Vertragsgemeinden. Verbrennung von Klärschlamm.

12 Fernwärme

Versorgung von festgelegten Stadtteilen mit Fernwärme.

13 Energie-Contracting

Bau und Betrieb von Heiz- und Kälteanlagen sowie weiterer energietechnischer Anlagen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich
- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung
- Stufe Stadt (GGR / SR)**
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulatorisch über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- SRB betr. Rahmenbedingungen für das Festlegen des Verbrennungspreises in der KVA Winterthur (Meistbegünstigung) vom XX.XX.XX
- Stufe Verwaltungseinheit**
- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung</p> <p>1.1 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Durchschnittspreis in CHF/kWh</p> <p>1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA <i>Messgrösse:</i> CHF/t</p> <p>1.3 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Durchschnittspreis in CHF/kWh.</p> <p>1.4 Marktgerechte Versorgungspreise <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Durchschnittspreis in CHF/m³</p> <p>1.5 Betriebsreserve Stromhandel <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.6 Betriebsreserve Gashandel <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.7 Betriebsreserve Haustechnik <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.8 Betriebsreserve Energie-Laden <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Laden <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.10 Betriebsreserve Telekom <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom <i>Messgrösse:</i> in CHF</p> <p>1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messung / Bewertung:</i></p>			

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas

Messgrösse:

in CHF

1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung

Messung / Bewertung:

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung

Messgrösse:

in CHF

1.13 Betriebsreserve KVA

Messung / Bewertung:

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA

Messgrösse:

in CHF

1.14 Betriebsreserve Kläranlage

Messung / Bewertung:

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage

Messgrösse:

in CHF

1.15 Betriebsreserve Fernwärme

Messung / Bewertung:

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme

Messgrösse:

in CHF

1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting

Messung / Bewertung:

Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting

Messgrösse:

in CHF

2 Versorgungssicherheit

2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes

Messung / Bewertung:

Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes

Messgrösse:

Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.

2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes

Messung / Bewertung:

Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes

Messgrösse:

Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.

2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes

Messung / Bewertung:

Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes

Messgrösse:

Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge

2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes

Messung / Bewertung:

Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes

Messgrösse:

Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge

3 Qualität

3.1 Wasserqualität

Messgrösse / Bewertung:

Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt.

Messung:

Jährlicher Ausweis der Messwerte und Vergleich mit den Vorschriften

3.2 Reinigungsleistung ARA

Messgrösse / Bewertung:

<p>Einhaltung der massgeblichen Vorschriften <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Messwerte und Vergleich mit den Vorschriften</p> <p>3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse der StWW laufen qualitätsgesichert ab <i>Messgrösse:</i> Die vorgeschriebenen ISO 9000-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden</p> <p>4 Aus- und Weiterbildung 4.1 Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl Lehrlinge im Betrieb <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge</p> <p>5 Kundenorientierung 5.1 Reklamationen <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl der (berechtigten) Reklamationen nach Produkten <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen je Produkt, mit Ursachengruppen</p> <p>5.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Medienkontakte und Medienberichte <i>Messgrösse:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte und positive Medienberichte</p> <p>6 Nachhaltigkeit 6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messung:</i> Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts</p> <p>6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse der StWW tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung <i>Messgrösse:</i> Die jährlichen ISO 14000-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden</p> <p>6.3 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil des verkauften Ökostroms im Vergleich zum Stromabsatz <i>Messgrösse:</i> Verkaufter Ökostrom in % vom Stromabsatz</p> <p>6.4 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in MW/Jahr</p>			
---	--	--	--

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 14 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 665, 680, 765 sowie der Nachtlinien N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktmarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen, Haltestellen und Billettautomaten

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Funktion (Neuzuzüger)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999

Kanton / Zürcher Verkehrsverbund

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2005/06 vom
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategische Erfolgspositionen
- Angebotsentwicklung
- Jahresziele
- Projektcontrolling

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV für Bereich Fahrleistungserbringung <i>Messgrösse:</i> - CC-Rechnung „Fahrleistung“ und Zielvereinbarung vom xx.xx.xxxx Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> - Linienerfolgsrechnung ZVV</p> <p>2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> - Statistik Personenkilometer / Einsteiger Fahrplanpünktlichkeit <i>Messgrösse:</i> - Statistik der Leitstelle</p> <p>3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Reklamationen Stadtbuss und Contact-Center ZVV</p> <p>4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Medienkontakte (Eigeninitiative) Image <i>Messgrösse:</i> - Anzahl positive / negative Presseberichte</p> <p>5 Mitarbeitende Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals <i>Messgrösse:</i> - Statistiken aus Testkundensystem und ZVV-Kundenbefragung Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung und Rechnungsergebnis Interne Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Personalveranstaltungen und Anzahl Teilnehmende</p>			

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Angebotserweiterungen gemäss § 20 PVG

Finanzierung von Fahrplanleistungen und Angebotserweiterungen über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) vom 28.6.2004
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg)
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus

Stufe Verwaltungseinheit

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2003	Soll 2004	Soll 2005
<p>1 Wirtschaftlichkeit Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) <i>Messgrösse:</i> - Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)</p> <p>Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) <i>Messgrösse:</i> - Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)</p> <p>2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit <i>Messgrösse:</i> - Fahrgastfrequenzsteigerung</p>			

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften dokumentarischen Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosse Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositatverträge mit Kirchengemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzwahlen")

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet.</p> <p>Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.</p> <p>1 Zugänglichkeit</p> <p>Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.</p> <p><i>Messgrössen:</i></p> <p>Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche</p> <p>Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich.</p> <p><i>Messgrössen:</i></p> <p>Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche</p> <p>2 Kundenorientierung</p> <p>Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz.</p> <p><i>Messgrössen:</i></p> <p>Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden</p>			

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates Anzahl Sitzungen des Stadtrates Anzahl Stadtratsgeschäfte			

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Wahlen und Abstimmungen Anzahl Urnengänge pro Jahr Anzahl Sachvorlagen pro Jahr Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Einbürgerungen Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche Anzahl Rückstellungen Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen			
Stadtkanzlei Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat Anzahl Stadtratsbeschlüsse Anzahl Stadtratsbriefe Anzahl organisierte Veranstaltungen			
Informationsdienst Anzahl Medienmitteilungen Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe			

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

- a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung
- b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung
- c) Ordnung, Erschliessung
- d) Benutzung und Vermittlung

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung			
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung			
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung			
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung			

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter			
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)			
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken			
Anzahl benutzter Archivalien			
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche Führungen / Ausstellungen			

Ombuds- und Datenaufssichtsstelle

Auftrag

Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stelle prüft

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- die Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunfterteilung und Information, ggf. Vermittlung, unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenaufsichtsstelle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Datenaufsichtsstelle

- Datenschutzgesetz vom 6. Juni 1993 (LS 236.1)
- Datenschutzverordnung vom 7. Dezember 1994 (LS 236.11)
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über den Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsmann) vom 21. Januar 1991
- Beschluss des GGR über die Besoldung des Ombudsmannes vom 21. Januar 1991

Datenaufsichtsstelle

- Beschluss des GGR betreffend Datenschutzaufsichtsstelle vom 10. November 1997

Stufe Verwaltungseinheit

▼ **Beschlussteil** ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006
<p>1 Zugänglichkeit Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrössen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden/Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden/Woche <p>2 Kundenorientierung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist spezifische Kontaktstelle für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrössen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto <p>Ombudsstelle</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme <p>Datenaufsichtsstelle</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme <p>3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrössen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten) 			

Produkt 1 Datenaufsichtsstelle

Leistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Produkt 2 Ombudsstelle

Leistungen

Operative Ziele	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006

Leistungsmengen	Ist 2004	Soll 2005	Soll 2006